

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

Die verspätete Nation

Band 1/128: 15.03.1931 – 30.01.1933

15.03.1931

Deutsches Reich: Am 15. März 1931 sind im Deutschen Reich 4.980.000 Menschen arbeitslos.

20.06.1931

Deutsches Reich: Als Reichspräsident Hindenburg den nordamerikanischen Präsidenten am 20. Juni 1931 telegrafisch um Hilfe bittet, läßt US-Präsident Hoover am 6. Juli 1931 (nach zähen Verhandlungen zwischen USA und Frankreich) den größten Teil der Reparationszahlungen vorübergehend stoppen (Zahlungsaufschub für 1 Jahr). Durch die große Massenarbeitslosigkeit (April 1931 = 4,4 Millionen Arbeitslose, Dezember 1931 = 5,3 Millionen) verschärft sich die deutsche Wirtschaftskrise aber trotzdem weiter.

21.06.1931

Deutsches Reich: Die Reichsregierung stimmt am 21. Juni 1931 dem Stundungsvorschlag (Aufschub der Kriegsschuldzahlungen für 1 Jahr) des US-Präsidenten Hoover zu.

09.08.1931

Deutsches Reich: Obgleich sich der "Stahlhelm", die NSDAP und die KPD in Preußen verbünden, um den preußischen Landtag per Volksentscheid aufzulösen, erhält man am 9. August 1931 nicht die erforderliche Mehrheit von 50 %, sondern lediglich 37,1 % (x034/545).

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die damalige Zusammenarbeit zwischen NSDAP und KPD (x063/563): >>Das Bündnis zwischen der Kommunistischen und der Nationalsozialistischen Partei trug zur Unterhöhnung der Republik bei. ... Dialektisch ... galt nicht der Nationalsozialismus als Hauptfeind, denn er bereitete ja den Weg für Sowjetrußland vor. Hauptfeind waren die Weimarer Republik und die Sozialdemokratie, weil sie die "Einheit der Arbeiterklasse" verhinderten.

Morde und blutige Straßenkämpfe haben die Kommunistische und die Nationalsozialistische Partei nicht abgehalten, zur Zerstörung der Republik zusammenzuarbeiten. Das wurde etwa am 9. August 1931 offenkundig, als beide Parteien im Bündnis mit den Deutschnationalen einen Volksentscheid zum Sturze der preußischen Regierung veranstalteten. ... Trotzdem schlug das Unternehmen fehl, weil viele der Kommunisten sich der morbiden Überlegung Moskaus versagten, das der Nationalsozialismus zur Macht kommen müsse, um Sowjetdeutschland zu gebären.<<

22.08.1931

Deutsches Reich: Reichsminister Gottfried R. Treviranus (1891-1971) warnt am 22. August 1931 nach einem Gespräch mit Hitler (x034/547): >>... Gnade Deutschland, wenn dieser Führer zum Zuge kommt ...<<

15.11.1931

Deutsches Reich: Am 15. November 1931 sind im Deutschen Reich 4.840.000 Menschen arbeitslos.

Frankreich: Professoren der Pariser Sorbonne (älteste französische Universität) stellen am 15. November 1931 fest, "daß der Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages Deutschland nicht mit der moralischen Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges belaste" (x034/561).

27.11.1931

Polen: Die polnische Presse stellt am 27. November 1931 befriedigt fest, daß infolge der erfolgreichen Polonisierung der deutsche Stimmenanteil im abgetretenen Teil Oberschlesiens von 44 % auf 18 % gesunken ist (x034/563).

15.12.1931

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1931 sind im Deutschen Reich 5.349.000 Menschen arbeitslos.

UdSSR: Während der Tagung des Exekutivausschusses der Komintern legt der sowjetische Referent für Deutschlandfragen, Manuilsky, am 15. Dezember 1931 in Moskau die zukünftige Politik der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) fest (x063/564): >>Der Hauptfeind ist nicht Hitler, sondern der Hauptfeind ist das System Severing, Brüning, Hindenburg. ...

Mit seiner (Hitlers) Hilfe werden wir zunächst den sozialdemokratischen Parteiapparat und den Brüning'schen Staatsapparat zertrümmern. ... Im gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung der deutschen Revolution ist Hitler unser unzweifelhafter Bundesgenosse.<<

Stalin ist schon frühzeitig davon überzeugt, daß ein Sturz der Deutschen Republik und Hitlers Machtübernahme unweigerlich zum Zweiten Weltkrieg führen wird. Die geheimen Bündnisse der KPD und NSDAP fördern bzw. beschleunigen den Untergang der Weimarer Republik.

Hitler und das rechtsradikale NS-Regime sind für Stalin ein unglaublicher Glücksfall, denn ab 1933 zerschlägt das NS-Regime alle demokratischen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen des Deutschen Reiches. Mit der gewaltsamen Auflösung sämtlicher demokratischen Einrichtungen und Verbände räumt Hitler frühzeitig alle natürlichen Feinde des linksradikalen Stalinismus aus dem Weg. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fällt es den Sowjets nicht besonders schwer, in Mitteldeutschland die sogenannte "Einheit der deutschen Arbeiterklasse" zu verwirklichen, denn eine ernstzunehmende Opposition gibt es dank Hitlers "guter Vorarbeit" nicht mehr.

Stalin übernimmt später z.B. auch Hitlers "Generalplan Ost". Der entscheidende Unterschied besteht nur darin, daß die deutschen Volkstumsgrenzen nicht um 500 km nach Osten, sondern um 500 km nach Westen verlagert werden.

24.12.1931

Großbritannien: Die britische Zeitung "Manchester Guardian" berichtet am 24. Dezember 1931 (x309/60): >>Der polnische Terror in der Ukraine ist heute schlimmer als alles andere in Europa. ...<<

31.12.1931

Deutsches Reich: Im Dezember 1931 verschärft sich die deutsche Wirtschaftskrise und am 31. Dezember 1931 beträgt die Massenarbeitslosigkeit 5.666.000 Menschen (x034/568).

Das Deutsche Reich besitzt am 31. Dezember 1931 nur noch Gold- und Devisenbestände in Höhe von 1,156 Mrd. Reichsmark.

UdSSR: Der deutsch-schweizerische Schriftsteller Emil Ludwig (1881-1948) berichtet im Dezember 1931 über seine Begegnungen mit Stalin in Moskau (x080/239): >>Stalin, sagen wir es gleich vorweg, macht einen kalten und fremden Eindruck: Es ist nichts Anziehendes an ihm. Er kommt dem Besucher nicht auf halbem Wege entgegen, er ist nicht offen, er ist vorsichtig, teilnahmslos und die meiste Zeit trübsinnig. Wenn er lacht, dann (ist es) ein grimmiges, düsteres Lachen, das aus der Tiefe aufsteigt.

Unter den Herrschern unserer Zeit – und ich bin den meisten von ihnen begegnet – ist er der undurchdringlichste. Alles an ihm, seine Rede, sein Gang, seine Gestik, ist langsam. Nichts,

was Vertrauen in Menschen oder Freundschaft für sie verriete. ...

Man stelle sich einen einfachen Mann vor, einen ungekünstelten Plebejer von wenig mitteil-samen Wesen, der Fremden gegenüber sogar verlegen wirkt – einen Mann von mittlerer Grö-ße in einem grauen Militärmantel, der seinem Gesprächspartner selten in die Augen blickt. ... Der Leser muß sich die Stimme dieses Mannes leise denken, die Sprechweise bei der Beant-wortung von Fragen äußerst gelassen und selbstbewußt. Stalin spricht entschieden und lo-gisch, aber kein Einwand kann ihn dazu bewegen, seine Ansichten auch nur erneut zu durch-denken. ...

Wenn er spricht, läßt Stalin die Silben fallen wie schwere Hammerschläge. Seine Antworten sind kurz und klar, nicht die eines Mannes, der die Dinge vor einem großen Publikum über-mäßig vereinfacht, sondern die eines logischen Denkers, dessen Gehirn langsam und ohne die geringste Gemütsregung arbeitet. ...<<

1931

Deutsches Reich: In Deutschland sind 1931 im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60).

Im Deutschen Reich vermindert sich die industrielle Produktion im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereignen sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurse. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite stehen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammen-bruch.

Aufgrund fehlender Mehrheiten regiert Reichskanzler Brüning fast nur noch mit Notverord-nungen (Ausnahmestand gemäß Artikel 48, Diktaturparagraph). Da der Staat zahlungsunfä-hig ist, muß die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern.

Obwohl im Deutschen Reich überall Hunger, Not und Elend herrschen, werden die öffentli-chen Ausgaben und sozialen Leistungen drastisch gekürzt. Im Winter 1931/32 richtet man das sogenannte "Winterhilfswerk" ein, um die größte Not des riesigen Arbeitslosenheeres zu lind-ern. Die 1. Sammlung erbringt Spenden im Wert von 42,0 Millionen Mark.

Nach der Inflation von 1922/23 büßen die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbeiteten Sparguthaben ein. Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragen sich, wie sie aus dieser hoff-nungslosen Lage kommen sollen. Spätestens jetzt verlieren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik sind danach gezählt.

1932

In Gefahr und großer Not / bringt der Mittelweg den Tod.

Friedrich Freiherr von Logau (1604-1655, deutscher Dichter)

06.01.1932

Deutsches Reich: Die "Leipziger Volkszeitung" verlangt am 6. Januar 1932 die Ausweisung des ausländischen Hochverrätters Hitler.

15.01.1932

Deutsches Reich: Am 15. Januar 1932 sind im Deutschen Reich 5.966.000 Menschen arbeits-los.

18.01.1932

Deutsches Reich: Die Reichsregierung veröffentlicht am 18. Januar 1932 die bisher gezahlten Reparationsleistungen.

Danach hat das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Ge-bietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte erbracht (x034/573).

31.01.1932

Deutsches Reich: Am 31. Januar 1932 sind im Deutschen Reich 6.041.000 Menschen arbeits-

los.

02.02.1932

Großbritannien: Der Erzbischof von York kritisiert am 2. Februar 1932 während einer Predigt den Kriegsschuldparagraphen 231 des Versailler Vertrages.

15.02.1932

Deutsches Reich: Hindenburg erklärt sich am 15. Februar 1932 trotz seines Alters von 84 Jahren bereit, nochmals für den Posten des Reichspräsidenten zu kandidieren (x034/578): >>... (Er habe es) nicht für verantwortlich gehalten, ... seinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig zu verlassen! ...<<

Am 15. Februar 1932 sind im Deutschen Reich 6.127.000 Menschen arbeitslos.

19.02.1932

Deutsches Reich: Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann (1886-1944, im KZ Buchenwald erschossen) erklärt während der Plenartagung des Zentral-Komitees am 19. Februar 1932 (x243/34): >>Am klarsten hat Genosse Stalin schon im Jahre 1924 die beiden Flügel (SPD und NSDAP) gekennzeichnet, indem er von ihnen als Zwillingen sprach, die einander ergänzen. ...

Warum müssen wir den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten? ... Sie ist ... die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution, ... die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, ... der aktivste Faktor der Faschisierung. ...

Die Sozialdemokratie schlagen, das ist gleichbedeutend damit, ... die proletarische Revolution zu schaffen. ... Verhandlungen der KPD mit der SPD ... darf es nicht geben. ...<<

25.02.1932

Deutsches Reich: Im Reichstag wird am 25. Februar 1932 die erneute Kandidatur Hindenburgs für die Reichspräsidentenwahlen bekanntgegeben.

Der "Schriftsteller" Adolf Hitler wird am 25. Februar 1932 durch das Braunschweigische Staatsministerium zum Regierungsrat des Landeskultur- und Vermessungsamtes der Stadt Braunschweig ernannt und als Sachbearbeiter bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beschäftigt. Nach mehreren vergeblichen Versuchen erhält der ehemalige Österreicher Hitler endlich die dringend erforderliche deutsche Staatsbürgerschaft.

29.02.1932

Deutsches Reich: Am 29. Februar 1932 sind im Deutschen Reich 6.128.000 Menschen arbeitslos.

10.04.1932

Deutsches Reich: Der 84jährige Reichspräsident Hindenburg wird am 10. April 1932 mit 19,3 Millionen Stimmen (überwiegend von "Sozis und Katholen") wiedergewählt. Der alte Mann schlägt Hitler (13,4 Millionen) und Thälmann (3,7 Millionen Stimmen) eindeutig (x034/588).

15.04.1932

Deutsches Reich: Am 15. April 1932 sind im Deutschen Reich 5.934.000 Menschen arbeitslos.

30 % der deutschen Handelsflotte werden vorübergehend stillgelegt.

30.04.1932

Deutsches Reich: Am 30. April 1932 sind im Deutschen Reich 5.737.000 Menschen arbeitslos.

08.05.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Brüning lehnt am 8. Mai 1932 während einer Rede vor ausländischen Reportern weitere Reparationszahlungen ab.

28.05.1932

Deutsches Reich: Goebbels berichtet am 28. Mai 1932 über die damaligen Zustände im

Preußischen Landtag (x191/52-53): >>Im Plenum kommt es zum Ausbruch der bis zur Siedehitze angespannten Erregung. Einer von uns wird von den Kommunisten als Mörder beschimpft. Der bolschewistische (!) Fraktionsführer Pieck provoziert auf das maßloseste von der Rednertribüne herab.

Ein Kommunist schlägt einem Parteigenossen mitten ins Gesicht. Das ist das Signal zur Abrechnung. Sie ist kurz, aber bündig, und wird mit Tintenfassern und Stühlen ausgefochten. In 3 Minuten sind wir allein im Saal. Die Kommunisten sind herausgeprügelt, während die Mittelparteien in der vorzeitigen Flucht ihr Heil gesucht haben.

Unsere Fraktion singt das Horst-Wessel-Lied. 8 Schwerverletzte aus verschiedenen Parteien. Das war ein warnendes Beispiel. So allein kann man sich Respekt verschaffen. Das Plenum bietet den Anblick einer grandiosen Verwüstung.

Wir stehen als Sieger auf den Trümmern. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich Bennecke (1902-1972) schreibt später über eine Rede des deutschen Reichskanzlers Brüning vor ausländischen Journalisten vom 28. Mai 1932 (x245/-289-290): >>Obgleich der deutsche Reichskanzler mit der Bemerkung begann, daß er allein "zu innerdeutschen Problemen Stellung nehmen" wolle, war klar, daß Brüning, der zugleich deutscher Außenminister war, mit seiner Rede außenpolitische Absichten verband.

Neue Reparationsverhandlungen standen bevor, und Presse und Diplomaten des Auslandes sollten auf die außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands eindringlich hingewiesen werden: "Das fundamentale Problem, das uns – fast wörtlich genommen – Tag und Nacht beschäftigt, ist das Problem der Arbeitslosen."

Diese "neue Plage der Menschheit" habe Deutschland mit einer "unheimlich drückenden Schwere" getroffen. Unter den 6 Millionen Arbeitslosen, "deren Geschick die gleiche Anzahl von Angehörigen" teile – also insgesamt ein Fünftel des deutschen Volkes – befänden sich 2 Millionen – also zwei Drittel der Arbeitslosen – die jünger als 25 Jahre seien. Das bedeute, daß diese jungen Menschen, "die das Leben vor sich haben", keine Arbeitsstätten finden könnten.

Seine Zuhörer fragte der deutsche Reichskanzler: "Wundert Sie, meine Damen und Herren, daß in den Herzen und Sinnen dieser Jugendlichen ein Radikalismus aufquillt, der nur von Untergang und der Zerschlagung alles Bestehenden Besserung erwartet und auf ihn ihre triebmäßigen Hoffnungen setzt?"

Zudem sei die Höhe der Unterstützung der Arbeitslosen innerhalb von 4 Jahren "pro Unterstützungsempfänger mit Familienzuschlägen" von annähernd 90 Mark auf fast die Hälfte, "etwa 50 Mark zurückgegangen". Dieser Satz stelle, angesichts der Notwendigkeit, "daß damit alle Ausgaben auch der Wohnung usw. bestritten werden müssen, in unserem Klima und bei den Lebensbedingungen in Deutschland einen erschreckenden Tiefstand dar."

Die Schlußfolgerung aus diesen bedrückenden Umständen lautet: "Bei einem gewissen Tiefstand der Lebenshaltung verschwindet (mit) psychologischer Zwangsläufigkeit die Geneigtheit, irgendwelcher Belehrung, irgendwelcher Argumente der Staatspolitik oder der Vernunft zugänglich zu sein. ...<<

29.05.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg fordert Reichskanzler Brüning am 29. Mai 1932 in Berlin zum Rücktritt auf.

Hermann Pünder (1888-1976, Staatssekretär der Reichskanzlei) schreibt damals über dieses außerordentliche, erstaunliche Ereignis (x034/593): >>Der Vortrag hat stattgefunden. Das Spiel ist aus.<<

30.05.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Heinrich Brüning, der sich unermüdlich für die Wiederwahl Hindenburgs eingesetzt hatte, muß am 30. Mai 1932 mit dem Kabinett der bürgerlichen Mitte

zurücktreten, weil Hindenburg ihn nicht mehr unterstützt.

Reichskanzler Brüning fällt letzten Endes den Intrigen der Berater des Reichspräsidenten (wie z.B. Franz von Papen, General von Schleicher) und dem Widerstand der ostdeutschen Großgrundbesitzer zum Opfer (sogenannter "Agrarbolschewismus": Einige hochverschuldete ostpreußische Güter sollten damals an deutsche Siedler verteilt werden).

Reichspräsident Hindenburg führt nach Brünings Rücktritt umgehend Gespräche mit den SPD-Politikern Löbe, Wels und Breitscheid sowie Hitler und Göring von der NSDAP, um eine neue Regierung zu bilden.

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 30. Mai 1932 über den Rücktritt des Reichskanzlers Brüning (x034/596): >>Hintertreppen-Einflüsse haben ihren Willen durchgesetzt wie zu Zeiten Eulenburs und Holsteins. Damit ist eine wesentliche Verschärfung der Weltkrise eingetreten. ... Der heutige Tag bedeutet das vorläufige Ende der parlamentarischen Republik.<<

01.06.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg ernennt am 1. Juni 1932 den rechten Zentrumspolitiker Franz von Papen (1879-1969, Monarchist mit guten Beziehungen zur deutschen Industrie) zum neuen deutschen Reichskanzler. Papen, der höchstens von 10 % der Reichstagsabgeordneten unterstützt wird ("Kabinett der Barone"), regiert zwangsläufig nur noch mit Notverordnungen.

04.06.1932

Deutsches Reich: Hindenburg genehmigt am 4. Juni 1932 den Vorschlag des Reichskanzlers Papen, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

15.06.1932

Deutsches Reich: Am 15. Juni 1932 sind im Deutschen Reich 5.569.000 Menschen arbeitslos.

09.07.1932

Schweiz: Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erlassen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565).

Während dieser Reparationskonferenz wird der berüchtigte Kriegsschuldparagraph jedoch nicht gestrichen.

Der Forderungserlaß der Siegermächte ist keine deutschfreundliche Geste, denn es handelt sich ausschließlich um wirtschaftliche Interessen. Nach 13 Jahren erkennen die Franzosen und Briten endlich, daß eine weitere Schwächung der deutschen Volkswirtschaft auch die meisten westeuropäischen Länder nachhaltig schädigen wird.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Reparationen" (x051/491): >>Reparationen, 1918/19 eingeführte Bezeichnung für Wiedergutmachungsleistungen, die nach einem Krieg dem Verlierer auferlegt werden.

Aus der Alleinschuld am Ersten Weltkrieg, wie sie der Versailler Vertrag in Artikel 231 dem Deutschen Reich anlastete, folgerten die Siegermächte auch alleinige deutsche Verpflichtung zur Leistung von Reparationen für die alliierten Kriegskosten und -schäden. Diese Reparationen waren zugleich als Bestrafung gedacht und sollten Deutschland empfindlich schwächen, damit es nicht wieder zu den Waffen greifen könnte.

Über die Höhe der Reparationen bestand selbst unter den Siegern keine Einigkeit: Zunächst wurde eine vorläufige Leistung von 20 Milliarden Goldmark für die Jahre 1919-21 festgelegt, auf einer Reihe von Konferenzen ergab sich dann eine Gesamtforderung von 226 Milliarden Goldmark (Januar 21), dem von deutscher Seite nur ein Angebot von 30 Milliarden gegenüberstand. Der Konflikt eskalierte im Ruhrkampf und konnte auch durch ein alliiertes Ultimatum vom 5.5.21 auf der 2. Londoner Konferenz (132 Milliarden Goldmark) nicht bereinigt

werden.

Die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Überlastung (u.a. Inflation) wurden auch für die Siegermächte bedrohlich, so daß es 1924 zu einer besseren Anpassung der Reparationen an die deutsche Leistungsfähigkeit im Dawesplan kam. Er wurde 1929 durch eine endgültige Regelung der Reparationen im Youngplan abgelöst (34,5 Milliarden RM in 59 Jahresraten), der aber schon bald von der Weltwirtschaftskrise ausgehöhlt wurde. Am 1.7.31 trat das einjährige sogenannte Hoover-Moratorium für alle interalliierten Kriegsschulden wie für die Reparationen in Kraft, die dann mit dem Lausanner Abkommen vom 9.6.32 (Schlußzahlung von drei Milliarden RM) ganz gestrichen wurden.

Nach deutschen Angaben hatte das Reich bis dahin Reparationsleistungen im Wert von 53 Milliarden Goldmark erbracht, ein Aderlaß, dessen politischer Preis eine wachsende Radikalisierung war. Die Reparationen als sichtbarste und schmerzhafteste Folge des Versailler Vertrages trugen damit wesentlich zur Ablehnung des republikanischen Systems in Deutschland bei und nährten insbesondere die nationalsozialistische Agitation.<<

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schreibt später über das Vorgehen der Wall Street bei der Reparationsfrage nach dem Ersten Weltkrieg (x321/81): >>... Der Unterschied zwischen der Politik der französischen Regierung und dem Vorgehen der Wall Street in der Reparationsfrage war der zwischen mittelalterlicher Brutalität und neuzeitlicher Raffinesse. Die Franzosen verhielten sich wie Raubritter, sie wollten ihr Territorium bis zum Rhein erweitern und alles konfiszieren, was nicht niet- und nagelfest war.

Diese Strategie führte in das Chaos des Jahres 1923: Mit der Besetzung des Ruhrgebietes erreichte Paris keine erhöhten Kohle- und Stahlblieferungen - aber hätte beinahe die Machtergreifung von extrem links (in Mitteldeutschland) oder von extrem rechts (in Bayern) ermöglicht.

Die Wall Street setzte nach diesem Fiasko eine clevere Wende durch: Damit man die deutsche Kuh bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag melken konnte, mußte man sie durch kontrollierte Fütterung am Leben halten, wenn auch nur knapp über dem Existenzminimum und unter scharfer Bewachung.

Der Dawes-Plan 1924 und der Young-Plan von 1929 waren die operative Umsetzung des neuen Kurses: Deutschland erhielt amerikanische Kredite, mit denen es seine Schuldzinsen an Frankreich und Großbritannien bezahlen konnte, die damit wiederum ihre kriegsbedingten Außenstände an die Wall-Street-Banken abtrugen. Das ganze war ein perfekter Ringtausch, im Zuge dessen J. P. Morgan & Co. ihre Darlehenssummen umgehend zurückbekamen, ohne daß sich die deutsche Schuld verringerte - dafür sorgte das Zinseszins-System. ...<<

17.07.1932

Deutsches Reich: Am 17. Juli 1932 ereignen sich in Altona bei Hamburg gewaltsame Zusammenstöße zwischen SA und SS, Polizei und KPD. Bei den brutalen Gewalttaten kommen 18 Menschen zu Tode und 68 werden verletzt (x034/603).

Dr. Reinhard Barth schreibt später über den berüchtigten "Altonaer Blutsonntag" (x051/23): >>Altonaer Blutsonntag, Bezeichnung für den 17.7.32 in Altona bei Hamburg, an dem es zu blutigem Zusammenstoß zwischen SA und SS, Polizei und KPD kam.

Die Regierung Papen hatte in einer Politik der Vorleistungen an die NSDAP am 28.6.32 das im April verhängte SA- und SS-Verbot aufgehoben und damit den politischen Straßenkampf erneut angeheizt, der im Altonaer Blutsonntag seinen Höhepunkt fand und den Papen zum Vorwand für den Preußenschlag nutzte.

SA und SS hatten einen Propagandamarsch durch die Arbeiterviertel des preußischen Altona angemeldet, der auch vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Eggerstedt, trotz Warnung der KPD, genehmigt worden war. Anschließend hatte sich Eggerstedt auf Wahlreise begeben und auch seinen Stellvertreter beurlaubt. Wie voraussehbar, kam es zu Auseinandersetzungen.

zungen der feldmarschmäßig einrückenden ca. 7.000 Nationalsozialisten mit den kommunistischen Anwohnern, wobei Polizeikräfte massiv eingriffen. 18 Menschen, darunter zwei SA-Leute, wurden, zumeist durch verirrte Polizeikugeln, getötet.

Nach der Machtergreifung wurde im Mai 33 gegen fünfzehn verhaftete Kommunisten wegen Mordes verhandelt; neben Haftstrafen ergingen vier Todesurteile, die am 1.8.33 vollstreckt wurden.<<

20.07.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Franz von Papen führt am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg (mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung) beseitigen bzw. absetzen läßt.

Der Staatsstreich in Preußen

Reichskanzler Franz von Papen begründete die widerrechtliche Amtsenthebung der preußischen Landesregierung später mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten sowie Prügeleien, die während der preußischen Parlamentsdebatten von den Nationalsozialisten und Kommunisten provoziert wurden). Durch die Ausschaltung der seit jeher besonders verfassungstreuen preußischen Regierung und der äußerst disziplinierten preußischen Beamtenorganisationen (Polizei und Verwaltung) wurden die letzten gefährlichen Gegner der NSDAP gewaltsam aus dem Weg geräumt.

Nach dem Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") verhängte Reichskanzler von Papen den Ausnahmezustand über Berlin sowie die Provinz Brandenburg und übernahm als "Reichskommissar" die Führung des preußischen Ministerpräsidiums.

Anstatt diesen Staatsstreich gewaltsam niederzuschlagen, rief die preußische Regierung damals nur den deutschen Staatsgerichtshof an. In der Folgezeit wurden in Preußen ungezählte "unbequeme Mitarbeiter" aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Mit diesem Verfassungsbruch bzw. Hochverrat versuchte Reichskanzler von Papen jedoch vergeblich, Hitler zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen.

Joseph Goebbels berichtet am 20. Juli 1932 in seinem Tagebuch (x034/604): >>Alles rollt programmgemäß ab.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über den "Preußenschlag" (x063/569-570): >>Der 20. Juli war der Schicksalstag der Deutschen Republik. Alles spätere baut folgerichtig darauf auf. Nur offener Widerstand unter Führung der preußischen Regierung hätte das Unheil abwenden können.

Die Regierung hätte sich auf die Gewerkschaften, die Arbeiterschaft, den überparteilichen Schutzbund zur Verteidigung der Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die preußische Polizei und auf die Unterstützung anderer deutscher Länder verlassen können.

Die Staatsregierungen, mit denen sogleich Verhandlungen aufgenommen wurden, waren um so bereiter zur Zusammenarbeit, als sie erkannten, daß auch ihre Stellung durch Papens Staatsstreich gefährdet war. Der hessische Minister Wilhelm Leuschner lud ... die preußische Regierung nach Darmstadt ein. Die Stadt lag innerhalb der entmilitarisierten Zone, die die Regierung Papen damals zu verletzen nicht gewagt hätte.

Als eine Art von Exilregierung auf deutschem Boden sollte das preußische Kabinett von Darmstadt aus den Aufruf an alle deutschen Regierungen und verfassungstreuen Kräfte richten, sich gegen Papen zusammenzuschließen. Die bayerische Staatsregierung hatte ... bereits zugesichert, sie würde dann sofort ablehnen, die von Papen Ernannten im Reichsrat als rechtmäßige Vertreter Preußens anzuerkennen.

Den preußischen Ministern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie das Unrecht

kampflos hinnahmen. Sie wollten kein Blut vergießen, sagte Innenminister Carl Severing. Aber verhältnismäßig geringe Opfer zu jener Zeit hätten Deutschland und der ganzen Welt später Hekatomben von Blut erspart.

Die preußischen Minister haben in edlem, aber wirklichkeitsfremdem Vertrauen auf die Demokratie gemeint, die Reichstagswahlen vom 31. Juli würden die Regierung Papen wiederum in eine so hoffnungslose Minderheit versetzen, daß es mit ihrer Macht ganz von selber zu Ende sei. Das stellte sich bald als Illusion heraus. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Preußenschlag" (x051/455-456): >>Preußenschlag, Bezeichnung für die Amtsenthebung der preußischen Regierung unter Ministerpräsident O. Braun (SPD) durch den Reichskanzler Papen am 20.7.32.

Bei den Landtagswahlen am 24.4.32 hatte die Weimarer Koalition (aus SPD, Zentrum und Staatspartei) die Mehrheit im preußischen Landtag verloren. Dennoch blieb die seit dem 6.4.25 amtierende, aus Ministern dieser Parteien gebildete Regierung Braun als geschäftsführend im Amt.

Mit der Begründung, in Preußen sei die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die bürgerkriegsartigen Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten - ihr Höhepunkt: der Altonaer Blutsonntag am 17.7.32 - gefährdet, enthob Papen durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten am 20.7. alle preußischen Minister (Braun selbst befand sich aus Krankheitsgründen seit dem 6.6. nicht mehr im Amt), den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski und den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Heimannsberg ihrer Ämter, machte sich selbst zum Reichskommissar in Preußen, den Essener Oberbürgermeister Bracht zu seinem Stellvertreter und zum Innenminister und übertrug diesem die Regierungsgewalt in Preußen.

Der Staatsstreich in Preußen war eine "Vorleistung" Papens für Hitler, mit der er diesen und die NSDAP zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen hoffte. Er beseitigte mit der demokratischen Regierung im größten deutschen Land eines der wichtigsten und letzten Bollwerke der Republik und ebnete so der NSDAP den Weg zur Machtergreifung.

Statt sich dem Preußenschlag mit Gewalt zu widersetzen, rief die preußische Regierung nur den Staatsgerichtshof an, der zwar am 25.10.32 feststellte, die Regierung Braun befinde sich weiter im Amt und könne Preußen im Reichsrat vertreten, ansonsten aber den Preußenschlag für rechtmäßig erklärte; endgültige Absetzung Brauns am 6.2.33 durch Verordnung des Reichspräsidenten.<<

27.07.1932

Deutsches Reich: Hitler erklärt am 27. Juli 1932 während einer Wahlkampfreden in Eberswalde (x034/605): >>... Wir sind intolerant. Ich habe mir ein Ziel gestellt, nämlich diese dreißig Parteien aus Deutschland hinauszufegen!<<

Einige Tage vor den deutschen Reichstagswahlen steigt die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 5.392.000 Menschen an (Dezember 1932 = über 6,0 Millionen Arbeitslose). Mehrere Millionen Deutsche arbeiten außerdem täglich nur noch 4-5 Stunden (x059/65). Vor den Arbeitsämtern des Deutschen Reiches stehen endlose Reihen, denn die Arbeitslosenunterstützung muß noch wöchentlich abgeholt werden. Besonders unter den Langzeitarbeitslosen breitet sich zusehends Verzweiflung und Verbitterung aus, die von den radikalen Parteien naturgemäß hemmungslos ausgenutzt wird.

Erst mit Hilfe dieser "Riesenarmee" von verzweiferten Arbeitslosen, die um ihre Existenz kämpfen, schafft die NSDAP damals endgültig den Durchbruch zur deutschen Massenpartei.

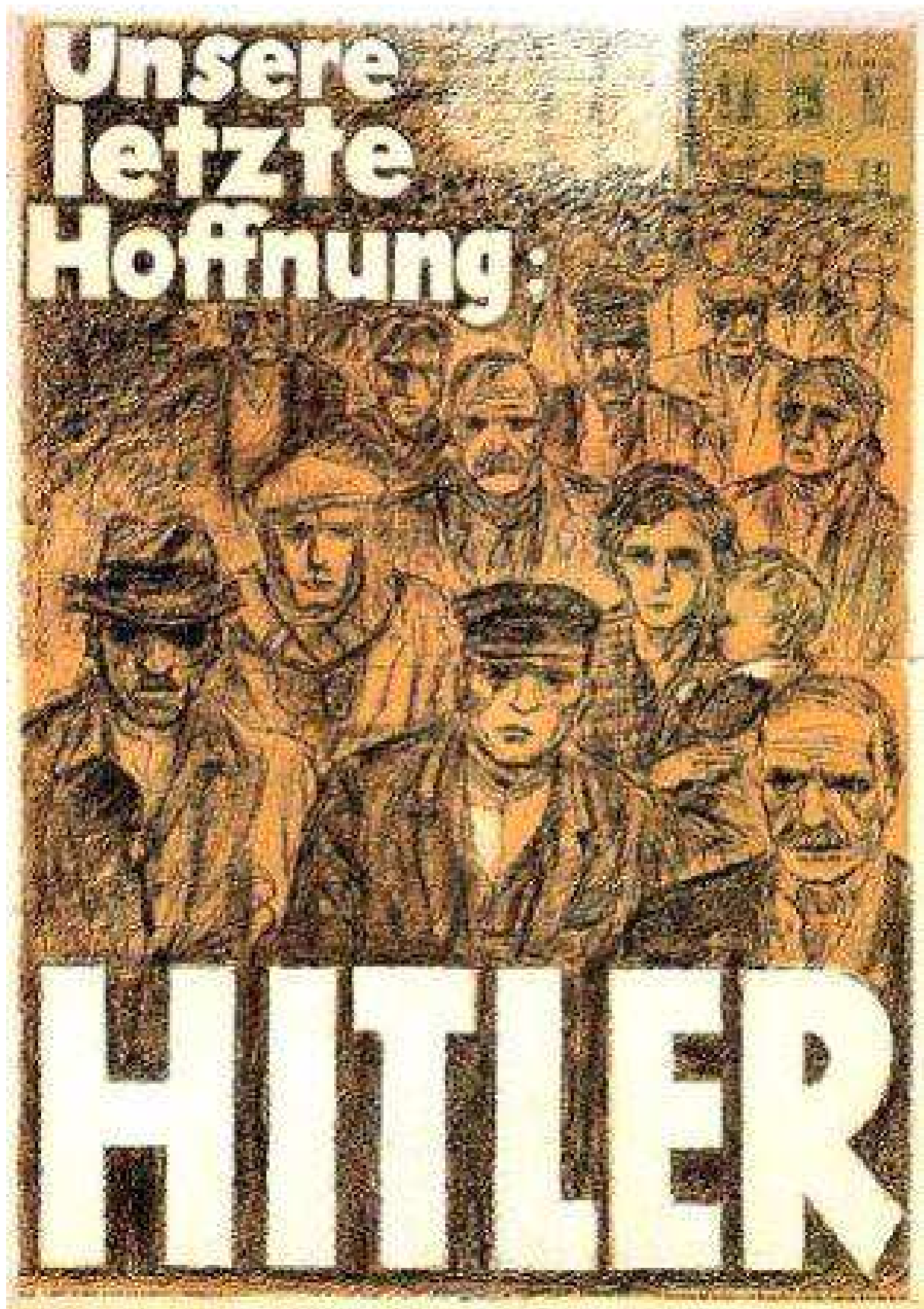


Abb. 62 (x065/379): Im Chaos der Weltwirtschaftskrise sahen die Verzweifelten und Enttäuschten im Jahre 1932 in Adolf Hitler ihre letzte Hoffnung.

31.07.1932

Deutsches Reich: Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wird die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei (Kommunisten = 14,3 % und 89 Mandate), die SPD erringt 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).

Reichspräsident Hindenburg lehnt den "böhmischen Gefreiten", wie er Hitler geringschätzig nennt, jedoch weiterhin entschieden ab.

10.08.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg lehnt am 10. August 1932 Hitlers Ernennung zum Reichskanzler ab.

Das amtliche Schreiben an Hitler lautet (x256/112): >>... Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten konnte.<<

31.08.1932

Deutsches Reich: Am 31. August 1932 sind im Deutschen Reich 5.225.000 Menschen arbeitslos.

30.09.1932

Deutsches Reich: Am 30. September 1932 sind im Deutschen Reich 5.101.000 Menschen arbeitslos.

Die deutsche Wirtschaft erzielt in den ersten 9 Monaten des Jahres 1932 wieder einen Außenhandelsüberschuß von 846,9 Mill. RM (x034/615).

31.10.1932

Deutsches Reich: Am 31. Oktober 1932 sind im Deutschen Reich 5.109.000 Menschen arbeitslos.

06.11.1932

Deutsches Reich: Trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit, Not, Volksverhetzung, Ratlosigkeit und lähmender Verzweiflung endet die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verliert über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhält nur noch 196 (33,1 %) von 584 Sitzen.

Joseph Goebbels berichtet am 6. November 1932 in seinem Tagebuch (x034/620): >>Wir haben eine Schlappe erlitten.<<

17.11.1932

Deutsches Reich: Da die Neuwahl im November 1932 keine Mehrheit bringt und Hindenburg weitere diktatorische Vollmachten ablehnt, tritt Reichskanzler Franz von Papen am 17. November 1932 mit seinem gesamten Kabinett zurück.

02.12.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg spricht sich gegen Franz von Papen aus und beauftragt am 2. Dezember 1932 Kurt von Schleicher mit der Bildung einer neuen Regierung.

03.12.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg ernennt Generalmajor Kurt von Schleicher (1882-1934, ein erfolgreicher, skrupelloser Intrigant mit guten Beziehungen), der nach Reichskanzler Brüning auch den unerwartet reaktionären Reichskanzler Papen zu Fall bringen kann, am 3. Dezember 1932 zum letzten Reichskanzler der Weimarer Republik.

07.12.1932

Deutsches Reich: Im Reichstag findet am 7. Dezember 1932 eine Massenschlägerei zwischen NSDAP- und KPD-Anhängern statt.

Schleicher, der ständig einen gewaltsamen Umsturzversuch durch die NSDAP oder KPD befürchtet, versucht den gemäßigten NSDAP-Politiker Gregor Strasser (1892-1934) zu überre-

den, eine Spaltung der NSDAP herbeizuführen. Gregor Strasser lehnt Schleichers Angebot jedoch ab (Hitler läßt Strasser später aber trotzdem als sogenannten "Staatsfeind" und Verräter ermorden).

Sleichers Bemühungen, die deutschen Gewerkschaften zu gewinnen, scheitern später ebenfalls wegen Ablehnung der SPD-Führung.

15.12.1932

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1932 sind im Deutschen Reich 5.604.000 Menschen arbeitslos.

31.12.1932

Deutsches Reich: Am 31. Dezember 1932 sind im Deutschen Reich 5.773.000 Menschen arbeitslos.

1932

Deutsches Reich: In Deutschland sind 1932 im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).

Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schreibt später über die "Arbeitslosigkeit" vor der NS-Machtergreifung (x051/35-36): >>Arbeitslosigkeit ... Zum Zeitpunkt der Machtergreifung gab es im Deutschen Reich 6.013.612 Arbeitslose. Das entsprach einer Quote von rund 19 %. Damit hatte die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt vom Jahr 1932 (Jahresgipfel: 6,2 Millionen, Durchschnitt: 5,5 Millionen) bereits überschritten.

Die wirtschaftliche Depression und die sie begleitende Massenarbeitslosigkeit waren durch die Weltwirtschaftskrise verursacht, die neben den USA vor allem Deutschland besonders hart getroffen hatte. Insbesondere kaufmännische Angestellte, ungelernete Arbeiter, Arbeiter in der Eisen- und Metallerzeugung sowie Baufacharbeiter litten unter der Krise.

In den Statistiken tauchten nur die bei den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern gemeldeten Arbeitslosen und Arbeitssuchenden auf, so daß die Zahlen in Wirklichkeit weit höher lagen. Wegen der geringen Vermittlungschancen meldeten sich im Lauf der Krise immer weniger Arbeitslose. Unter diesen "unsichtbaren" Arbeitslosen waren vor allem Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer. Rechnet man sie hinzu, dann lag die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 33 bei ca. 7,8 Millionen.

Seit Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1927 galt in der Versorgung der Arbeitslosen das Versicherungsprinzip. Ursprünglich war der Bezug von Arbeitslosenunterstützung auf 26 Wochen begrenzt, in Zeiten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit war eine sogenannte Krisenunterstützung vorgesehen. Höchstbezugsdauer für Arbeitslosen- und Krisenunterstützung für Arbeiter unter 40 Jahren 58 Wochen, sonst 71 Wochen.

Im Verlauf der Krise war eine Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt worden, die nach sechs Wochen einsetzte. Nach Ablauf dieser Fristen bezogen die Arbeitslosen die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden, die den Belastungen durch die ständige Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen bald nicht mehr gewachsen waren. Im November 32 wurde die Aussteuerung aus der Krisenunterstützung aufgehoben. Diese Regelung wurde von den Nationalsozialisten beibehalten.

Die Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit waren im Lauf der Krise mehrfach gekürzt worden. Sie errechneten sich nach dem vorhergehenden Lohn, der Ortsklasse und der Zahl der unterhaltsberechtigten Angehörigen. Für einen großstädtischen ledigen Arbeitslosen betrug die wöchentliche Unterstützung 5,10 RM, der Höchstsatz in dieser Klasse lag bei 11,70 RM. Auch die Wohlfahrtsunterstützung war laufend gekürzt worden. Die Sätze, die knapp über dem Existenzminimum lagen, wurden von den Nationalsozialisten übernommen. ...

Die Verelendung weiter Kreise durch die Weltwirtschaftskrise in den letzten Jahren der Weimarer Republik hatte viel zur Radikalisierung des politischen Spektrums beigetragen und

insbesondere der NSDAP den entscheidenden Zulauf gebracht. ...<<

Von den 77 im Deutschen Reich gefällten Todesurteilen wird im Jahre 1932 kein Urteil vollstreckt. Im Jahre 1933 wird man bereits 75 % aller Todesurteile vollziehen.

Die deutschen Historiker Hans-Adolf Jacobsen (1925 geboren) und Werner Jochmann (1921-1994) schreiben später über die Gewalttaten des NS-Regimes vor der Machtergreifung (x245/-357): >>... Aus der Rückschau auf die innerdeutschen Ereignisse vor dem Jahre 1933 wird heute immer wieder gefragt, warum sich das deutsche Volk nicht entsetzt von den radikalen Methoden des Nationalsozialismus abgewandt und warum namentlich das Bürgertum nicht einhellig die Gewalttaten der Anhänger Hitlers verurteilt habe.

Zunächst läßt sich zeigen, daß bereits in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreiches und dann beschleunigt im Ersten Weltkrieg selbst humanitäre Haltungen abgebaut und zerstört worden waren. In der Revolution und in den Jahren danach hatten dann in Deutschland Kämpfe, Aufstände und Gewalttaten in großer Zahl stattgefunden. Eine weitere Abstumpfung in den humanen Gesinnungen war die Folge.

Wie zahlreiche Zeugnisse aus dieser Zeit zeigen, gab es nicht wenige sogenannte friedliche Bürger, die ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Träger der Revolution von 1918 forderten. Auf diese Stimmen konnte sich Hitler berufen, als er den Terror zum politischen Kampfmittel machte. Insbesondere verwies er auf die Kampfweise der Radikalen und besonders der Kommunisten, bezeichnete sie als Herausforderung und fand, was die eigene Praxis anging, daraufhin bereitwilliges Entgegenkommen.

Hatte es nicht, so fragten viele Deutsche in vielen Städten und Provinzen, Terror gegeben, bevor die NSDAP dort Fuß gefaßt hatte? Waren die staatlichen Sicherheitsorgane nicht oft außerstande gewesen, Versammlungen bürgerlicher Partei zu schützen? Soweit diese Fragen mit einem eindeutigen Ja beantwortet wurden, umschloß die Antwort nahezu immer ein Lob für Hitler, der diesen "Elementen" rücksichtslos das Handwerk lege.

Eine Versammlung prominenter Hamburger Bürger, denen der Schrecken des kommunistischen Aufstandes vom Oktober 1923 noch lebhaft vor Augen stand, spendete Hitler zweieinhalb Jahre später bemerkenswerten Beifall, als er versprach, die Kommunisten ohne alle Rücksicht niederzwingen und "ausrotten" zu wollen. Immer wieder läßt sich feststellen, wie die Nationalsozialisten gerade in jenen Großstädten oder Stadtteilen besonderen Zulauf erhielten, in denen sie mit Fäusten und Schlagwerkzeugen die Durchführung ihrer Versammlungen erzwingen.

So erlag ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes in dem Glauben, Gewalt sei nur mit Gewalt zu brechen, eine Revolution lediglich durch eine revolutionäre Partei aufzuhalten oder zu verhindern, einem folgenschweren Irrtum.

Selten nur wurde die Befürchtung laut, das Gesetz, nach dem die NSDAP zu ihrem Kampf angetreten war, könne auch dann noch fortwirken, wenn sie einmal an die Macht gelangt sei.

...<<

"Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk IV" berichtet über den langsamen Aufstieg der NSDAP (x069/159-160): >>... Bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 erreicht sie (die NSDAP) ... fast 2 Millionen Stimmen. Es zeigt sich damals, wie radikal viele Wähler infolge des Ruhrkampfes (1923) geworden sind. Doch in demselben Jahr sinkt die Stimmenzahl wieder auf 900.000 ab. ...

Bei den Reichstagswahlen von 1928 erhält ... (Hitlers) Bewegung noch weniger Stimmen als Ende 1924. ... Erst als die Weltwirtschaftskrise über Deutschland hereinbricht, steigen die Mitgliedsziffern sprunghaft an und noch stärker die Wählerziffern. ...

Zulauf findet Hitler vor allem beim Kleinbürgertum, das seit der Inflation erbittert beiseite steht und nun wieder schwer um seine Existenz ringt, aber auch in der Landbevölkerung, die größtenteils vor dem Ruin steht, und in dem Millionheer der Arbeitslosen. In ihrer Hoffnungs-

losigkeit stoßen viele zu Hitler, noch mehr allerdings zur KPD.

Aber auch der größte Teil der Jungwähler schließt sich ihm an; das fällt ins Gewicht, weil in den kritischen Jahren von 1928 bis 1933 über 6 Millionen junge Menschen das Wahlrecht erlangen. Hitler versteht es, sie an ihrem Idealismus zu packen, und in ihrer Unerfahrenheit schenken sie ihm Vertrauen. Mancher allerdings, ob jung oder alt, der die NSDAP wählt, tut es nur mit halbem Herzen, aus Angst vor dem Anwachsen des Kommunismus. ...<<

Der US-Journalist Hubert Renfro Knickerbocker (1898-1949) berichtet im Jahre 1932 aus Berlin über die Erwartungen der Anhänger des NS-Regimes (x149/75): >>Außenpolitik: Hitler wird den Versailler Vertrag zerreißen. Hitler wird den Franzosen sagen, sie sollen sich die Tributgelder (Reparationen) in der Hölle holen gehen.

Hitler wird die allgemeine Militärdienstpflicht wieder einführen und das alte deutsche Heer mit mindestens 600.000 Mann wieder aufstellen. ...

Hitler wird den polnischen Korridor (zwischen Ostpreußen und Pommern), den deutschen Teil Oberschlesiens und unsere Kolonien wieder holen ...

Innenpolitik: Hitler wird die Republik abschaffen.

Hitler wird allen Erwerbslosen Arbeit geben.

Hitler wird die Kommunistische Partei auflösen.

Hitler wird die Juden aus Deutschland vertreiben. ...<<

Polen: Nach Abschluß des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes (1932) spricht man in Polen bereits unverblümt über den "Marsch gegen das Deutsche Reich bzw. nach Berlin".

Der Streit um die Westerplatte führt 1932/33 zu gefährlichen polnisch-deutschen Spannungen. Staatschef Pilsudski schlägt deshalb vor, polnisch-französisch-britische "Polizeiaktionen" gegen das Deutsche Reich durchzuführen.

UdSSR: Um den erbitterten Widerstand der widerspenstigen Ukrainer zu brechen, die hartnäckig eine gewisse nationale Unabhängigkeit fordern, befiehlt Stalin im Jahre 1932 "geeignete Strafmaßnahmen". Die zwangsläufige Folge dieser gnadenlosen Strafmaßnahmen und Bauernverfolgungen sind landesweite Hungerkatastrophen.

Die UdSSR ist im Jahre 1932 außenpolitisch fast vollständig vom übrigen Europa isoliert.

Italien: Mussolini schreibt im Jahre 1932 über die Ziele des Faschismus (x073/88): >>Alles in allem: der Faschismus ist nicht nur Gesetzgeber und Gründer von Einrichtungen, sondern Erzieher und Förderer des geistigen Lebens. Er will nicht die Formen des menschlichen Lebens, sondern seinen Inhalt, den Menschen, den Charakter, den Glauben neu schaffen. Und zu diesem Zwecke fordert er Zucht und Führung, die in die Geister eindringt und darin unbestritten herrscht. Sein Zeichen ist daher das Rutenbündel, das Symbol der Einheit, der Kraft und der Gerechtigkeit.

... Kampf und Leben sollen sein, losgelöst von der Betrachtung der gegenwärtigen Politik, glaubt der Faschismus nicht an die Möglichkeit noch an die Nützlichkeit des ewigen Friedens. Er lehnt daher jede Politik, die einen Verzicht auf Kampf bedeutet, als Feigheit ab.

Der Kampf allein bringt die menschliche Willenskraft auf die höchste Spannung, verleiht ihren Trägern die Würde des Adels. ...<<

Großbritannien: Der "Daily Telegraph" empfiehlt den Deutschen im Jahre 1932, eine "Rechtskoalition" zu bilden (x025/129).

Palästina: Obwohl in Palästina vielerorts Judenverfolgungen stattfinden, wandern von 1919-32 rund 84.100 Juden in ihre uralte Heimat (x055/507).

1933

Die deutsche Verfassung ist bedeutend vereinfacht worden. Sie umfaßt nur noch 3 Paragraphen: 1. Das deutsche Volk besteht aus Führer und Angeführten. 2. Der Führer ernennt und erschießt seine Minister persönlich. 3. Alle Stände sind abgeschafft, insbesondere der Wohlstand und der Anstand, zugelassen ist nur noch der Notstand.

NS-Spottvers

01.01.1933

Deutsches Reich: Die politisch-satirische Zeitschrift "Simplicissimus" meldet am 1. Januar 1933 voreilig (x034/629): >>... Eins nur läßt sich sicher sagen, und das freut uns rundherum: Hitler geht es an den Kragen. Dieses "Führers" Zeit ist um!<<

04.01.1933

Deutsches Reich: Papen trifft sich am 4. Januar 1933 mit Hitler im Haus des Bankiers Schröder in Köln, um den Sturz Schleichers und eine gemeinsame Kabinettsbildung (Kabinett der nationalen Konzentration: Vizekanzler von Papen) mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP = Interessenvertretung von Großgrundbesitz und Bürgertum) zu verabreden (x054/-209).

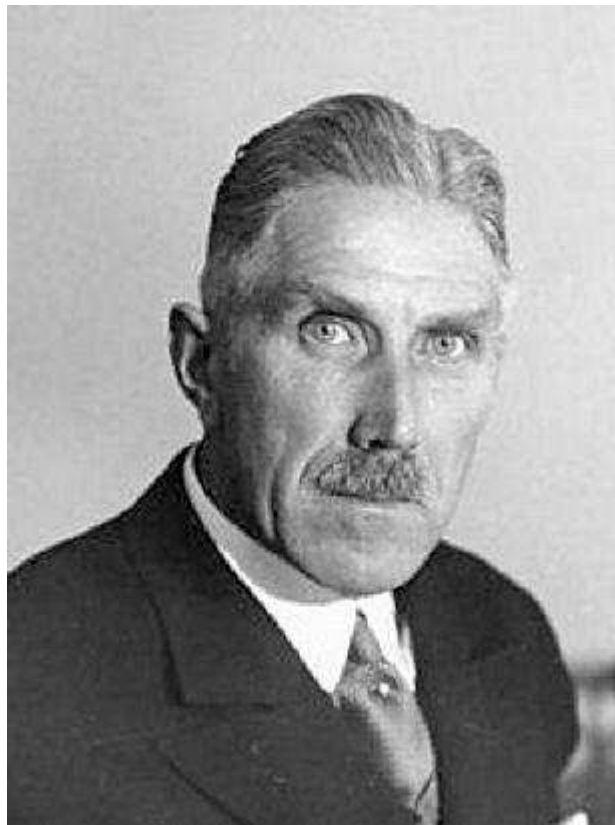


Abb. 63 (x017/2.859): Franz von Papen

Franz von Papen (1879-1969, 1920-1932 Abgeordneter der Zentrumspartei im preußischen Landtag, 1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer, von Juni bis November 1932 Reichskanzler, 1933-1934 Vizekanzler, 1939-1944 Botschafter in der Türkei, ebnete 1933 Hitler den Weg zur Machtübernahme, 1946 im Nürnberger Prozeß freigesprochen).

Der Kölner Bankier Freiherr Kurt von Schroeder berichtet später über dieses Gespräch vom 4. Januar 1933 (x243/38-39): >>... Papen (führte) aus, daß er (es) für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente ... zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und von Papen zusammen geführt werden sollte. ...

Hitler ... sagte, daß, wenn er zum Kanzler ernannt würde, Anhänger von Papen als Minister an seiner (Hitlers) Regierung teilnehmen könnten. ... Er skizzierte Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland. ...

Von Papen und Hitler erzielten keine prinzipielle Einigung. ...

Diese Zusammenkunft wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. ... Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft. ... Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde. ...

Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten ... eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen. ... Weiterhin erwartete man, daß eine (bessere) wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen ... (entstehen) würde. ...

Zu erwähnen (sind) eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht ... auf 300.000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen und die Kredite, die der öffentlichen Hand ... gegeben werden sollten. Aufträge zur Verbesserung der Reichsbahn, und Förderung (von) Automobil- und Flugzeugbau. ...

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, daß in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen werde. ... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt. ...<<

15.01.1933

Deutsches Reich: Am 15. Januar 1933 sind im Deutschen Reich 5.966.000 Menschen arbeitslos.

20.01.1933

Deutsches Reich: Die SPD-Zeitung "Vorwärts" berichtet am 20. Januar 1933 über die zahllosen politischen Intrigen (x034/632): >>... Hitler bei Papen, Strasser bei Schleicher, Hugenberg bei Hitler, Papen bei Hugenberg, Hugenberg bei Hindenburg, Alvensleben schiebt vorne, Thyssen schiebt hinten ... Wer findet sich noch zurecht in der Geheimpolitik, die ohne das deutsche Volk getrieben wird? ...<<

21.01.1933

Deutsches Reich: Joseph Goebbels berichtet am 21. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/632): >>Die Vorarbeiten für den Sturz Schleichers sind in vollem Gange.<<

22.01.1933

Deutsches Reich: Hitler führt am 22. Januar 1933 mit Franz von Papen und Oskar von Hindenburg wieder politische Sondierungsgespräche über die Regierungsbildung.

23.01.1933

Deutsches Reich: Reichskanzler Schleicher, der eine vorübergehende Militärdiktatur anstrebt, kann die beantragte Auflösung des Reichstages nicht durchzusetzen, weil Reichspräsident Hindenburg am 23. Januar 1933 die erforderliche Zustimmung verweigert.

24.01.1933

Deutsches Reich: Generaloberst Kurt von Hammerstein-Equord (1878-1943, seit 1930 Chef der deutschen Heeresleitung) fordert seinen Freund Reichskanzler Schleicher am 24. Januar 1933 zur gewaltsamen Machtübernahme auf, um Hitler mit Hilfe der Reichswehr zu stoppen. Schleicher lehnt jedoch einen Militärputsch ab, da er seinen geleisteten Eid nicht brechen will.

Er weigert sich außerdem weiterhin starrsinnig, die verbrecherische "preußische Notverordnung" aufzuheben, so daß Hitlers Machtergreifung nicht mehr zu stoppen ist.

26.01.1933

Deutsches Reich: Alfred Hugenberg (Unternehmer und Vorsitzender der DNVP) verharmlost am 26. Januar 1933 während einer Besprechung mit Franz von Papen die Gefährlichkeit Hitlers (x034/633): >>... Wir rahmen ... Hitler ein. ...<<

27.01.1933

Deutsches Reich: Der Reichswehroffizier Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1878-1944, General und Chef der Heeresleitung) warnt Hindenburg am 27. Januar 1933 nochmals vor Hitler.

Der Reichspräsident beruhigt damals den Chef der Heeresleitung mit folgenden Worten (x034/633): >>... Sie werden mir doch nicht zutrauen, daß ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe. ...<<

28.01.1933

Deutsches Reich: Als die letzten Verhandlungen mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften scheitern, tritt Reichskanzler Schleicher am 28. Januar 1933 verbittert zurück.

Der "letzte Reichskanzler" Kurt von Schleicher wird später mit seiner Frau beim sogenannten "Röhm-Putsch" ermordet.

Die Gewerkschaften warnen Reichskanzler Hindenburg am 28. Januar 1933 telegrafisch, Hitler mit der Regierung zu betrauen (x034/634): >>... daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeiterschaft als eine Herausforderung empfunden werden müßte.<<

Joseph Goebbels berichtet am 28. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/634): >>Schleicher ist endgültig erledigt. Jetzt bleibt nichts mehr übrig, als daß der Führer betraut wird. Wir sind alle noch sehr skeptisch und freuen uns nicht zu früh.<<

29.01.1933

Deutsches Reich: Von Papen, Oskar von Hindenburg (1883-1960, Sohn und persönlicher Mitarbeiter des Reichspräsidenten) und Staatssekretär Otto Meißner (1880-1953, Chef der Reichskanzlei) "bearbeiten" am 29. Januar 1933 unentwegt den uralten Reichspräsidenten.

Papen, der ursprünglich nur durch Schleichers Fürsprache zum Reichskanzler ernannt wurde, ist ein äußerst geltungsbedürftiger Mann. Er vertritt damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarten. Obwohl von Papen Hitlers radikale Absichten längst kennt, macht er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen.

Nach stundenlangen Gesprächen wird der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen erklärt damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

30.01.1933

Deutsches Reich: Der "Völkische Beobachter" schreibt am 30. Januar 1933 vor dem angekündigten Treffen zwischen Reichspräsident Hindenburg und Hitler (x034/634): >>... Unsere Forderung nach Schleichers Sturz: Kanzlerschaft Hitlers.<<

Trotz aller Warnungen ernennt der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (sogenannte nationalsozialistische "Machtergreifung").

Während der Vereidigung zum Reichskanzler gibt sich der "Gefreite" noch als ergebener, un-

terwürfiger Diener aus. Hitler verneigt sich ehrfürchtig vor dem greisenhaften Staatsoberhaupt, gelobt feierlich die Verfassung zu achten und keine Diktatur anzustreben.

Für Hindenburg ist Hitler, im Gegensatz zur drohenden Diktatur Papens bzw. Schleichers oder der "kommunistischen Gefahr", das "kleinere Übel". Der erfolgreichste deutsche Heerführer des Ersten Weltkrieges und "Volksheld" ist fest davon überzeugt, daß man den "böhmischen Gefreiten" leicht zähmen kann.

Der greise Volksheld Hindenburg leitet mit Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler politisch unbedrängt die größte Katastrophe der deutschen Geschichte ein. Schon einige Tage nach Hitlers Ernennung verliert das deutsche Volk fast alle Grundrechte und Freiheiten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (x051/257): >>Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von, geboren in Posen 2.10.1847, gestorben in Neudeck (Westpreußen) 2.8.1934, deutscher Generalfeldmarschall und Politiker; als Berufsoffizier Teilnahme am Preußisch-Österreichischen (1866) und Deutsch-Französischen Krieg (1870/71), Karriere im Generalstab, 1911 als dienstältester General in den Ruhestand.

Im Ersten Weltkrieg wurde der reaktivierte Hindenburg Generalfeldmarschall und Oberbefehlshaber Ost und durch Siege über die überlegenen russischen Streitkräfte bei Tannenberg und an den Masurischen Seen 1914 der volkstümlichste deutsche Heerführer. Zusammen mit Ludendorff als 1. Generalquartiermeister übernahm Hindenburg 1916 die Oberste Heeresleitung und konnte nahezu diktatorisch über strategische Planung und Leitung des Krieges hinaus Einfluß auf die Industrieproduktion und den Einsatz von Zivilkräften nehmen,

1918 sah es Hindenburg als seine nationale Pflicht an, zusammen mit Ebert und Noske gegen linksrevolutionäre Bestrebungen "für Ruhe und Ordnung" zu sorgen. Nach Annahme des Versailler Vertrages, den auch der monarchistische Nationalist Hindenburg für "unausweichlich" hielt, zog er sich wieder in den Ruhestand zurück und trug durch öffentliche Erklärungen zur Verbreitung der Dolchstoßlegende bei.

Als populär gebliebene Symbolfigur der deutschen Rechten ließ sich Hindenburg 1925 nach dem Tod Eberts von den vereinigten Rechtsparteien für die Reichspräsidentenwahl aufstellen und wurde mit 48 % der Stimmen gewählt (vor Marx, Zentrum, mit 45 %).

Obwohl Hindenburg die Weimarer Republik ablehnte, hielt er sich als Präsident so weitgehend an den von der Verfassung gesetzten Rahmen, daß ihm die Nationalsozialisten vorwarfen, nur noch "Schutzschild für das abgewirtschaftete Weimarer System" zu sein.

Der alternde, eigene Urteilskraft langsam verlierende Reichspräsident geriet zusehends unter den Einfluß rechtsgerichteter, großagrarischer Kreise (u.a. Papen) und der Reichswehrführung (u.a. Schleicher). Der dauernden Regierungskrisen müde, etablierte er mit Brüning 1930 das erste der Präsidialkabinette, die das parlamentarische System untergruben.

1932 gelang seine Wiederwahl gegen den Kandidaten Hitler, aber nicht mehr allein durch die Rechtsparteien, sondern "mit Sozis und Katholen", wie es Hindenburg verächtlich formulierte. Lange sträubte sich der Präsident, Hitler in die Regierungsverantwortung zu berufen, zog aber schließlich diesen Weg weiteren Wahlen oder Verfassungsmanipulationen vor. Hindenburg hoffte, die "Naziflut" durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler (30.1.33, Machtergreifung) zu "kanalisieren". Er genehmigte daher noch einmal Neuwahlen und gab der neuen "Regierung der nationalen Erhebung" mit der Reichstagsbrandverordnung das Instrument zur Liquidierung der Republik in die Hand.

Die Nationalsozialisten nutzten Hindenburgs auf das Kaiserreich zurückweisende "Vatergestalt" als moralische Stütze ihres Regimes und stilisierten ihn zum "getreuen Eckart des deutschen Volkes" (Tag von Potsdam). In den folgenden Monaten wurde der greise Hindenburg immer mehr von Informationen abgeschnitten und seiner Einflußmöglichkeiten beraubt. Schwache Proteste gegen die einsetzende Judenverfolgung blieben fast ohne Wirkung, ver-

geblich wandte sich auch die evangelische Kirche an Hindenburg im entbrennenden Kirchenkampf. Als Hitler mit der Mordaktion der Röhm-Affäre endgültig seine Macht sicherte, gratulierte der todkranke Präsident dem Kanzler.

Nach Hindenburgs Tod wurde Hitler Alleinherrscher (Führer und Reichskanzler) und nutzte die Bestattungsfeierlichkeiten im Tannenberg-Denkmal zu einem Schauspiel der Kontinuität, das den Nationalsozialismus als Erben des preußischen Reiches feierte.<<

Hindenburg bekennt damals vor der Presse (x034/634): >>... Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott! Nun Sie sich einig geworden sind, geht es mir gut! ...<<

Goebbels jubelt nach Hitlers Ernennung (x034/634): >>Es ist fast wie ein Traum. die Wilhelmstraße gehört uns. ... Der Führer ist zum Kanzler berufen. ... Deutschland steht vor einer historischen Wende. ...<<

Als Hitler am 30. Januar 1933 erstmalig in der Berliner Reichskanzlei eintrifft, erklärt er (x034/634): >>Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder herausbringen ...<<

Der "Vorwärts" schreibt am 30. Januar 1933 (x034/634): >>Hitler-Papen-Kabinett: "Feine Leute" und drei Nazis - Kabinett des Großkapitals: Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat.<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Berlin ist heute nacht in einer reinen Faschingsstimmung.<<

Der DDP-Politiker Theodor Heuss erklärt am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Das wird für euch Juden eine schlimme Zeit werden.<<

Werner Finck (1902-1978, Schauspieler, Kabarettist und Autor) schreibt später über die NS-Massenaufmärsche in Berlin (x115/239): >>Dann aber kam auf den Straßen diese Unruhe. Es wurde doch sehr massiv in Berlin. Große Gruppen von Menschen lärmten auf den Straßen. Sie haben die Arme ausgestreckt und "Heil" gerufen. Immer so in Dreier-Reihen "Heil-Heil-Heil", daß es knallte. Welch eine Ironie des Schicksals: Gerade in dem Land, wo am meisten "Heil" gerufen wurde, ist am wenigsten Heil geblieben.

Ich kann sagen, ich habe gezittert, mir war es furchtbar unangenehm. Ich habe richtige Angst gehabt. Ich dachte, um Gottes willen, wie wird das enden. Wenn ich natürlich damals schon gewußt hätte, was man heute weiß, - daß das alles nur Mitläufer waren, dann hätte man doch nicht gezittert. Aber das ahnte man noch nicht. Das hat doch kein Mensch damals gesagt. ...<<

Max Liebermann (1847-1935, Maler und Graphiker) meint beim Betrachten des Fackelzuges am 30. Januar 1933 (x844/...): >>Ich kann nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte.<<

Der Untergang der Weimarer Republik

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete er gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Der Niedergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Nach ungemein schweren Jahren (1919-33), in denen 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627). Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermäch-

te besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Der Untergang der Weimarer Republik wurde durch den aggressiven Rechts- und Linksradikalismus (NSDAP und KPD) beschleunigt, denn die radikalen Parteien nutzten in den Jahren 1919 bis 1933 alle politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewissenlos aus, um die erste deutsche Republik zu vernichten.

Die Weimarer Republik scheiterte aber auch, weil es nach Stresemanns Tod keine überragenden deutschen Staatsmänner mehr gab, die in der Lage waren, die dringend erforderlichen Entscheidungen jener Zeit durchzusetzen.

Im Verlauf der "Großen Depression" wurden die Positionen der deutschen Regierungen nahezu aussichtslos, denn im Gegensatz zu den französischen Regierungen (von 1919-30 scheiterten z.B. auch 18 französische Regierungen) fehlten den deutschen Regierungen nach dem Ersten Weltkrieg schließlich die entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Grundlagen, um die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fehlenden politischen Führungspersönlichkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.

Hitlers verhängnisvolle "Machtübernahme" begann im Grunde bereits 1919, denn nach dem Friedensvertrag von Versailles waren die Positionen der demokratischen Regierungen nahezu aussichtslos.

Theodor Heuss berichtet später über die Probleme der Weimarer Republik (x024/20): >>Das Jahr 1918, daß die Demokratie brachte, war nicht ein Jahr, in dem um freiheitliche Dinge gekämpft wurde. Die Demokratie kam nun als Musterbuch von Möglichkeiten, auf die das Volk innerlich nicht vorbereitet war und mit denen es dann auch, weiß Gott, nicht geschickt umzugehen verstand ... So konnte es nicht fehlen, daß wir das Opfer eines totalitären Gewalt- und Versorgungsstaates geworden sind.<<

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg (1889-1943, 1924-28 Mitglied des Reichstages) berichtet später über das Ende der Weimarer Republik (x058/333-334): >>... Die ruhige, nüchterne Vernunft der sozialistischen Arbeiter mitten im Sturm der politischen Erregung ist gewiß achtbar. Das sind die Männer, die auch später unter der Herrschaft der Gegenrevolution nicht wankten. Aber es gibt Situationen in der Geschichte der Völker und Klassen, in denen die tägliche nüchterne Klugheit nicht ausreicht.

Die sozialistischen Funktionäre sahen tatsächlich von 1929 bis 1933 vor lauter Bäumen den Wald nicht. Sie verstanden wohl alle Schwierigkeiten und Nöte des Augenblicks, aber sie übersahen die mächtige revolutionäre Welle, die damals durchs Land ging. Hinter all dem lauten Schimpfen auf das "System" steckte ein echter Volkshaß auf den kapitalistischen Staat. Nur weil die Sozialisten nicht fähig waren, sich an die Spitze der verzweifelnden Massen zu stellen, konnte die Gegenrevolution diese Bewegung ausnützen.

Die Arbeitslosen, die trotz allem der SPD treu blieben - und nach den Wahlergebnissen dieser Jahre war es eine erhebliche Menge - und ebenso die radikal gestimmten sozialistischen Arbeiter im Betrieb folgten im allgemeinen den Losungen des linken Parteiflügels. Die sozialdemokratischen Betriebsarbeiter jedoch, die mit der offiziellen Parteimeinung übereinstimmten, befanden sich tatsächlich isoliert auf einer Insel, die umspült war von den Wellen der Revolution und Gegenrevolution. Denn die hungernden Massen zur Linken wollten eine Revolution, und die Kapitalisten zur Rechten wollten die Gegenrevolution. Alle Teile des Volkes wurden mehr oder minder von einer der beiden Bewegungen erfaßt.

Nur die gemäßigt sozialistischen Arbeiter zusammen mit ihren Führern standen auf der Insel der Weimarer Demokratie und mußten zusehen, wie sämtliche Wellen vor rechts und links gerade auf sie einströmten.

Vor allen Dingen hätte die SPD diese Unglücksinsel verlassen müssen. Der Austritt aus der Reichsregierung im Frühjahr 1930 allein genügte nicht. Solange die sozialdemokratischen

Länderminister, Bürgermeister und Polizeipräsidenten weiter amtierten, hielt die Mehrheit des deutschen Volkes die SPD für die Partei, die in erster Linie die Verantwortung für die Weimarer Republik trug.

Zugleich mit dem Rücktritt der sozialistischen Reichsminister hätte die SPD auch demonstrativ die Regierung Preußens und der übrigen Länder verlassen, und alle Parteimitglieder hätten aus den hochbezahlten Länder und Gemeindestellen abberufen werden müssen. Zugleich hätten sich die freien Gewerkschaften auf den Generalstreik vorbereiten müssen. Aber es ist doch zweifelhaft, ob die SPD nach ihrer zwölfjährigen Verbundenheit mit dem legalen republikanischen Staatsapparat zu solchen verzweifelten Mitteln fähig gewesen wäre. Da die Partei nicht imstande war, ihre Verbindung mit dem Staat zu zerschneiden, konnte sie auch nicht die Führerin der unterirdischen revolutionären Bewegung werden. ...

Die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer hatten seit 1929 wieder den demokratischen Mantel abgelegt, den ihnen Stresemann aufgedrängt hatte, und sie bekannten sich unbedingt zur Diktatur. Man könnte fragen, warum die herrschende Klasse Deutschlands denn diese Abscheu vor den demokratischen Formen hatte. Wie die Dinge lagen, hatten die SPD und KPD keine Aussicht eine Mehrheit im Reichstag zu erhalten.

Warum schlossen sich die bürgerlichen Parteien nicht zu einem festen gegenrevolutionären Block zusammen? Da konnten sie doch auch erreichen, was sie wollten, und man sparte sich die Unannehmlichkeiten des Verfassungsbruchs und der Gewalttätigkeit. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den verschiedensten bürgerlichen Gruppen und Tendenzen bestanden, hätten sich beilegen lassen, wenn der Reichsverband der Industrie ernstlich die Einigung gewollt hätte. Dennoch wollte die Kapitalistenklasse unbedingt die Diktatur.

In einem Lande wie Deutschland, in dem fast drei Viertel aller Wähler zu den Arbeitnehmern gehören, ist eine bürgerliche Parlamentsmehrheit nur möglich, wenn die kapitalistischen Parteien volkstümlich auftreten und den armen Massen alle möglichen Versprechungen machen. Hätte man im Reichstag, mit den Mitteln der legalen Demokratie, eine extrem kapitalistische Gesetzgebung durchführen wollen, dann hätte die Regierung nicht nur die Opposition der SPD und KPD gegen sich gehabt: Auch viele Abgeordnete aus den bürgerlichen Parteien hätten Bedenken getragen, eine offen volksfeindliche Gesetzgebung vor den Wählern zu vertreten. Die Diktatur war in Deutschland notwendig, nicht nur wegen der SPD und KPD, sondern mindestens ebenso sehr wegen der linken Nationalsozialisten und wegen der christlichen Arbeiter.

Wenn die Diktatur die Marxisten ausschaltete, so befreite sie damit die kapitalistischen Herren auch von jeder Rücksicht auf die volkstümlichen Strömungen in den eigenen Parteien. Die christlichen Gewerkschaften und linken Nationalsozialisten, ja sogar die völkischen Freikorpsleute haben später am eigenen Leibe erfahren, daß ihre Macht in dem Moment aufhörte, in dem die deutschen Kapitalisten vom Gegengewicht der sogenannten Marxisten befreit waren.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über das Ende der Weimarer Republik (x057/229-230): >>... Amerikanische Anleihen sollten die Anlaufzeit überbrücken. Aber die Hoffnung, daß Deutschland seine Zahlungen aus den Überschüssen der Ausfuhr decken könne, erfüllte sich nicht.

Daher entwarf eine neue Kommission unter dem Amerikaner Young den Young-Plan (1929), der die GesamtrepARATIONSSCHULD auf 121 Milliarden Mark festsetzte, die in 59 Jahresraten abbezahlt werden sollte.

Aber auch dieser Plan erwies sich als undurchführbar, da inzwischen die Weltwirtschaftskrise auch in Deutschland der kurzen wirtschaftlichen Scheinblüte, hervorgerufen durch Dollarkredite an Reich, Länder, Gemeinden und Private, ein Ende bereitete.

Das Aufhören der ausländischen Kredite hatte im Frühjahr 1931 zum Zusammenbruch der

Österreichischen Kreditbank geführt. Die Krise griff rasch auch auf das Reich über, daß mit radikalen Maßnahmen durch die neue Regierung Brüning vergebens versuchte, durch eine Reihe von Notverordnungen der Finanzkrise Herr zu werden (Verminderung der öffentlichen Ausgaben, Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen usw.). Schon hatte Brüning unter der USA-Präsidentschaft Hoovers im sog. Hoover-Moratorium einen Aufschub der Schulden- und Reparationszahlungen erreicht, sogar die Streichung aller Reparationen und Kriegsschulden stand bevor.

Da trat durch seinen Sturz eine innenpolitische Wandlung ein, die der deutschen Republik den Todesstoß versetzen sollte. Die soziale und wirtschaftliche Notlage (6 Millionen Arbeitslose) hatte die Massen immer mehr dem bestehenden Staat entfremdet und in die Hände der radikalen Parteien (Nationalisten und Kommunisten) getrieben. Vor allem die "Nationale Opposition" unter Hitler und Hugenberg entfaltete eine rege Tätigkeit. ...

Aus den Reichstagswahlen 1930 und 1932 gingen die Nationalsozialisten schließlich als stärkste Partei hervor, schlossen mit den Deutsch-Nationalen die Harzburger Front und wandten sich in einem Volksbegehren gegen die "Versklavung" durch den Young-Plan. Nun versuchte Hindenburg nach seiner Wiederwahl (1932, von den Linksparteien und der Mitte gewählt) durch Notverordnungen der wirtschaftlichen, sozialen und innenpolitischen Krisen Herr zu werden.

Nach dem Sturz Brünings berief er dessen Zentrumskollegen von Papen zum Reichskanzler. Unter ihm erfolgte die Einstellung der Reparationszahlungen. Aber er wurde mit der inneren Krise ebenso wenig fertig wie sein Nachfolger General von Schleicher, so daß sich Hindenburg zu dem folgenschweren Schritt entschloß, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Dieser bildete zunächst ein Kabinett von Fachministern, Deutschnationalen und nur zwei Nationalsozialisten (Hitler und Göring). Aber es sollte das Ende der Weimarer Republik bedeuten, und eine erneute schicksalsschwere Wandlung der deutschen Geschichte, die zum Untergang des Reiches führte, nahm ihren Anfang.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über den Untergang der Weimarer Republik (x063/573-574): >>Die Republik, die ... zu Grabe getragen wurde, nimmt in der Geschichte einen ehrenvollen Platz ein. Mag man ihr nachsagen (wenn das ein Vorwurf ist), sie sei zu demokratisch gewesen und habe zu kritiklos vertraut, daß das Trachten des Menschen von Anbeginn gut sei. Aber sie hat das Reich gerettet, nicht nur 1918; das vorbildliche Werk ihrer sozialen Gesetzgebung legte im Volke die Grundlagen, die noch beim zweiten Sturz 1945 der erneuten Versuchung des Kommunismus widerstanden.

Die Tragik des Geschehens ist um so sinnfälliger, als der Höhepunkt der Staatskrise fast überschritten war, als der Reichspräsident die Republik ihren Feinden auslieferte. Die Wirtschaft hatte das ärgste überstanden, die Arbeitslosigkeit nahm nicht mehr zu, und Verzweiflung und Abenteuerlust begannen, einer ruhigeren Stimmung zu weichen.

Die Reparationen waren praktisch beseitigt, das Rheinland geräumt, die Rückkehr der Saar gesichert, der Widerstand gegen einen engeren Zusammenschluß mit Österreich hatte seit der Wirtschaftskrise nachgelassen, über Eupen und Malmédy konnte man verhandeln, und selbst eine friedliche Revision der unvernünftigen Ostgrenzen schien nicht für immer aussichtslos; man hätte Polen statt des Korridors durch eine exterritoriale Straßen- und Bahnverbindung den freien Zugang zum Meer vermitteln können.

Die Ernte der Republik, der Stresemannschen Politik der Völkerversöhnung fiel Hitler in den Schoß, aber er wußte sie nicht zu nutzen. Was friedliche Verhandlungen zu bleibendem Erfolg geführt hätten, verwarf seine Methode der Gewalt. Nichts, was Hitler durch Macht erreichte, hat den Zusammenbruch seiner Macht überdauert.

Daß Versailles liquidiert würde, war nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Anliegen. Daß es der Deutschen Republik versagt blieb, dieses Ziel zu erreichen, deutete eine Ent-

wicklung an, die nunmehr von Versailles über den Untergang der deutschen Demokratie, zum Zweiten Weltkrieg führte. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über das Ende der Weimarer Republik (x051/628-629): >>(Weimarer Republik) ... Als am 27.3.30 die von H. Müller (SPD) geführte Koalitionsregierung über Fragen der Arbeitslosenversicherung zerbrach, bedeutete das das Ende des parlamentarischen Regierungssystems; die am 30.3. unter Brüning (Zentrum) gebildete Minderheitsregierung war ein Präsidialkabinett.

Nach Auflösung des Reichstages am 18.7.30 brachten die Neuwahlen am 14.9. einen sprunghaften Anstieg der NSDAP von einer unbedeutenden Splitterpartei zur zweitstärksten deutschen Partei: Sie erhielt 18,3 % und 107 Sitze (von 577).

Dem Wahlerfolg der NSDAP war das (mit 4,1 Millionen Stimmen knapp erfolgreiche) Volksbegehren gegen den Youngplan vorausgegangen, das die NSDAP und deren Führer Hitler erstmals einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht hatte.

Am 11.10.31 schlossen sich NSDAP, DNVP und Stahlhelm in der Harzburger Front zum Kampf gegen die Republik zusammen; zu deren Verteidigung bildeten SPD, Gewerkschaften und der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am 16.12.31 die Eiserne Front.

Brüning, der Reichskanzler blieb, versuchte durch eine deflationistische Wirtschaftspolitik die Krise zu meistern, letztlich ohne Erfolg; sein Minderheitskabinett wurde dabei zunächst von der SPD toleriert.

Am 10.4.32 wurde Hindenburg (19,4 Millionen Stimmen), diesmal als Kandidat der republikanischen Parteien, gegen Hitler (13,4 Millionen) zum Reichspräsidenten wiedergewählt. Kurz danach entzog er unter dem intriganten Einfluß seiner Umgebung Brüning das Vertrauen. Dieser trat am 30.5.32 zurück.

Neuer Reichskanzler wurde am 1.6. Papen (bis zum 3.6. Mitglied des Zentrums, dann parteilos). Da Papens konservatives "Kabinett der Barone" und seine offen antirepublikanische, auf die Restauration der Monarchie oder die Errichtung eines autoritären Systems abzielende Politik im Reichstag nur von der DNVP unterstützt wurde, löste er diesen am 4.6. auf. Um die NSDAP zur Tolerierung seiner Politik zu gewinnen, hob er am 14.6. das am 13.4. von der Regierung Brüning ausgesprochene Verbot von SA und SS auf.

Am 20.7. enthob Papen die (geschäftsführende) preußische Regierung unter O. Braun (SPD) ihres Amtes (Preußenschlag) und beseitigte mit der demokratischen Regierung im größten deutschen Land eines der letzten und wichtigsten Bollwerke der Republik.

In den Reichstagswahlen am 31.7. konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil mit 37,4 verdoppeln; mit 230 (von 608) Sitzen im Reichstag war sie nunmehr die mit Abstand stärkste deutsche Partei. Nach neuem Konflikt ließ Papen den Reichstag am 12. 9. erneut auflösen. Zwar verlor die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 6.11. erstmals an Stimmen ("nur" noch 33,1 % und 196 Mandate); da aber gleichzeitig DNVP (8,9 % und KPD 16,9 %) Gewinne erzielten, änderte dies weder etwas an der klaren antirepublikanischen Mehrheit des Reichstages noch verschaffte es der Regierung Papen eine Mehrheit; die DNVP (52 Sitze) blieb weiterhin deren einzige parlamentarische Stütze. Papen trat deshalb am 17.11. zurück.

Sein Nachfolger wurde am 3.12. Schleicher. Seine Konzeption, die NSDAP zu spalten und zur Stützung seiner Regierung eine "Gewerkschaftsachse" aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und dem linken, von G. Strasser repräsentierten Flügel der NSDAP zu bilden, scheiterte sowohl an der Schwäche Strassers als auch am Widerstand des ADGB und der SPD. Nachdem Hindenburg Schleichers Plan, als letzte Möglichkeit zur Verhinderung einer Regierung Hitler den Staatsnotstand zu erklären, abgelehnt hatte, trat Schleicher am 28.1.33 zurück.

Am 30.1. ernannte der Reichspräsident Hitler zum Reichskanzler. Diese nationalsozialistische Machtergreifung brachte das Ende der Weimarer Republik.

Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik waren: die fehlende demokratische Tradition in Deutschland (die sich im Kaiserreich kaum hatte entfalten können), der Makel der Entstehung der Republik als Folge der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg, ihre Belastungen durch die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges, insbesondere durch den Versailler Vertrag, die Mängel der Weimarer Verfassung; das Fehlen fähiger und zugleich populärer demokratischer Führungspersönlichkeiten (das spätestens 1925 bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten offenkundig wurde), die mangelnde Bereitschaft und/oder Fähigkeit der republikanischen Parteien und Parteiführer zum Kompromiß (wie sie in den zahlreichen Regierungswechseln und -stürzen, insbesondere beim Rücktritt der Regierung Müller 1930 deutlich wurde) und das Versagen, die Fehler und Fehleinschätzung der Personen an der Spitze der Republik zwischen 1930 und 33 (insbesondere Hindenburgs, Papens und Schleichers).

Entscheidend aber war, daß der Weimarer Staat eine "Republik ohne Republikaner" darstellte: Die Beamten- und Richterschaft blieb, ebenso wie das Offizierkorps, zum Großteil noch immer monarchistisch und autoritär gesonnen, die Mehrheit der Bevölkerung, besonders des Bürgertums, stand der Republik von Anfang an ablehnend gegenüber und ging unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise ab 1930 offen zu den antirepublikanischen Parteien über: das Bürgertum vor allem zur NSDAP, deren demagogische Propaganda die demokratischen Parteien nichts Gleichwertiges entgegensetzen konnten oder wollten, die Arbeiterschaft, ohnehin enttäuscht über das Ausbleiben einer wirklichen sozialen und wirtschaftlichen Revolution nach 1918, teilweise zur KPD.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Hitlers Machtübernahme (x057/-230-231): >>Die Umwandlung des Deutschen Reiches von einer demokratischen Republik zu einer Diktatur war das Werk des Führers ... Adolf Hitler (1889-1945). Er stammte aus Österreich, begann nach dem ersten Weltkrieg seine politische Laufbahn, die ihn im Verlauf von 14 Jahren durch Willenskraft, Fanatismus und eine nie gekannte Propaganda an die Spitze der Reichsregierung brachte.

In seinem Parteiprogramm und seinem Buch "Mein Kampf" hatte er die Grundfragen einer neuen politischen Idee, einer "nationalsozialistischen Weltanschauung", zu prägen versucht und sie als mitreißender Volksredner (Trommler) zuerst in seine Partei hineingetragen. Diese war in straffer Disziplin organisiert mit den Kampfformationen Sturmabteilungen (SA) und Schutzstaffeln (SS). Eine arische Rassenlehre mit dem Symbol des Hakenkreuzes sollte eine Vereinigung von Nationalsozialismus und Sozialismus verkörpern mit einer mystischen Heldenverehrung seiner Person und einer bedingungslosen Gefolgschaftstreue.

Enttäuscht von der inneren und äußeren Lage Deutschlands strömten ihm im Laufe der dreißiger Jahre eine Unzahl von verbitterten oder hoffnungsvollen Menschen zu, um der neuen Bewegung zur Herrschaft im Staate zu verhelfen. Die Parolen wie "Brechung der Zinsknechtschaft", "Gemeinnutz vor Eigennutz", "Positives Christentum", "Führerprinzip", "Nationaler Sozialismus", "ein Volk, ein Reich" usw. wurden von der Masse oft mißverstanden oder so ausgelegt, wie man es selber wünschte.

Nach dem Willen des "Führers" sollte ein "Germanischer Staat deutscher Nation" geschaffen werden. Vieles war dem Ausland und anderen autoritären Organisationen nachgeahmt und fand nur schwer Eingang in die deutschen Volkskreise. Nur wenige ahnten die tragische Entwicklung des deutschen Volkes und Reiches, aber niemand, weder vom Ausland noch vom Inland, hatte etwas Entscheidendes gegen die Machtübernahme unternommen. So gelang es Hitler, als Reichskanzler einer Koalitionsregierung in der Weimarer Republik beginnend, allmählich eine Diktatur aufzurichten, wobei er mit wechselnden Mitteln, der Entfaltung mitreißender Begeisterung oder einer rücksichtslosen Gewalt vorging.<<

Der deutsche Historiker Golo Mann (1909-1994) schreibt über Hitlers Machtergreifung am

30. Januar 1933 (x058/343-344): >>... Hitler wußte, was er brauchte, um Teilmacht zur totalen zu machen; den Reichskanzlerposten, die Innenministerien im Reich und in Preußen; das hätte ihm etwas früher genügt, wie es ihm etwas später genügte. So wird man auch das Verhalten der Sozialdemokraten im Januar 1933, ihre Weigerung, sich mit Schleicher zu verbünden, kaum noch als entscheidend ansehen können. Die Linke war damals verbraucht, war besiegt seit dem preußischen Staatsstreich ... Der Streit über die Frage, ob Hitler durch wenige Intriganten an die Macht gebracht worden sei oder durch das Volk, ist darum eigentlich gegenstandslos ...

Die Deutschen waren seit den 1890er Jahren ein Volk von Arbeitern und Angestellten. Alles andere war zahlenmäßig Minderheit, insbesondere die sogenannten "besitzenden Klassen" ... Indem die Sozialdemokraten den Weimarer Staat nicht gestalteten, gestaltete ihn überhaupt niemand. Er wurde von Leuten regiert, die ihn nie gewünscht hatten, die nicht an ihn glaubten und auch, wenn sie wohl oder übel im Sattel saßen, nach anderen, vielleicht doch besseren Pferden hinüberschielen.

Man ist versucht zu sagen: das, was sich seit 1930 allmählich, dann, 1933, in wenigen Wochen auflöste, die "Republik", hat es überhaupt nicht gegeben. Merkwürdig ist nicht so sehr der Prozeß der Auflösung wie die Tatsache, daß so viele so lange nicht an ihn glauben konnten. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher (1922-2016) schreibt später über Hitlers Machtübernahme (x058/334-335,345-347): >>Wohl war es keine Volksbewegung, die Hitler in den Sattel setzte. Es war wiederum ein ganz kleiner Kreis geschäftiger Anwälte, wie im Monat Mai 1932. Aber dieses Mal ohne Schleicher und mit Hitler. Denn auch dies ist deutlich: Hindenburg hatte im Verlauf des Jahres 1932 noch mehr denn zuvor in seinem langen Leben das Bedürfnis gezeigt, sich an seine "Ratgeber" zu klammern, wenn immer seinen unerhört gewachsenen Machtfunktionen eine echte Entscheidung auferlegt war. Zuerst Schleicher, dann Brüning, dann wieder Schleicher, dann Papen - Schleicher - Papen, und immer Meißner und Oskar von Hindenburg. Auf das Drängen der drei letzten hin hat er schließlich den oft erwogenen, aber immer wieder verworfenen Schritt getan.

Es kann nicht der geringste Zweifel bestehen, daß Papen den letzten Anstoß gegeben und durch ein ausgeklügeltes, aber politisch wirkungsloses System der "Einrahmung", unterstützt von Meißner und Oskar von Hindenburg, den bis zuletzt schwankenden Greis beruhigt und für seine Scheinlösung gewonnen hat.

Hindenburg ist auf solche Weise "zum tragischen Platzhalter zwischen Wilhelm II. und Hitler geworden". Es war weder sein Entschluß noch das Votum des Volkes, das sich am 30. Januar 1933 vollzog. Strukturfehler der Republik, Wirtschaftskrise, politische Radikalisierung und geschickte Demagogie, vor allem die Schwäche des freiheitlich-demokratischen Staatsbewußtseins in Deutschland hatten die Voraussetzungen geschaffen.

Eine zwielichtige, längst nicht mehr demokratisch kontrollierte Machtstellung der Reichswehr hatte die Auflösung der Weimarer Republik wenn nicht beschleunigt, so doch nicht zu verhindern vermocht. Die geschichtliche Entscheidung jedoch fiel in einem Augenblick und unter Bedingungen, die keine einfache "Notwendigkeit" begründeten. Sie wurde durch eine Einzelaktion ausgelöst, die auf einer Fehlkalkulation grandiosen Stils beruhte. Es war eine leichtfertige Pervertierung des Zähmungskonzepts, die Hitler an die Macht brachte. ...

Auch heute noch geistert durch die Apologien (Verteidigungsreden) trotziger oder enttäuschter Beteiligter die Behauptung, Hitler sei am 30. Januar 1933 "legal" nach den Grundsätzen der parlamentarischen Republik zur Macht gekommen: der Republik also, auf die er seinen dann tausendfach gebrochenen Eid geschworen hat. Die Berufung auf den formalen Vorgang verfälscht den wahren Charakter dieses Regierungswechsels. Es waren durchaus unverantwortliche, außerverfassungsmäßige Exponenten politischer und wirtschaftspolitischer Bestre-

bungen und Illusionen, die Hitler die Macht in die Hände spielten.

Die rechtmäßig politisch verantwortlichen Instanzen dagegen, vor allem die Parteien, der Reichstag und der Reichspräsident ließen sich von diesen Vorgängen ausschalten oder irreführen. Der Geist dieses Regierungswechsels war dem Sinne der Verfassung gänzlich zuwider. Man war sich gerade auf nationalsozialistischer Seite jetzt und in der Folgezeit mit zynischer Offenheit klar, daß die Legalität "nur die äußere Ordnungsmäßigkeit der Ereignisse" betreffe und "ihren wahrhaft revolutionären Charakter nicht in Frage" stelle. Denn Hitlers Ernennung war selbstverständlich "legal" im Sinne der äußeren Buchstabentreue, aber niemand wird behaupten, daß es dem inneren Sinn der Weimarer Verfassung entsprochen hätte, daß hier ein geschworener Feind an die Spitze des Reiches gestellt würde. ...<<

>>... Die Demokratie von 1918 wurde für die Erbschaft des verlorenen Krieges verantwortlich gemacht, die sie dem Kaiserreich verdankte. Sie erschien als willkommener Sündenbock und Haßobjekt sowohl für die restaurativen und reaktionären Kräfte in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft wie für die in militanten Freikorps, völkisch-antisemitischen Sekten und paramilitärischen Gruppen formierten revolutionären Diktaturbewegungen.

Das "rote Gespenst" eines bolschewistischen Umsturzes tat ein übriges, um Armee und Bürokratie, Bürgertum und Wirtschaft anfällig für solche Bestrebungen zu machen. Die demokratischen Kräfte ließen ihre Gegner mit der Toleranz des liberalen Rechtsstaates gewähren. Sie mußten überdies mit einem vom obrigkeitlichen Verwaltungsstaat geprägten Autoritätsbedürfnis rechnen, das sich in schweren Strukturproblemen der Republik manifestierte. ...

Vor diesem Hintergrund vollzog sich die Entfaltung des Nationalsozialismus in Gestalt einer Integrationspartei neuen Stils. Es war als spezifisch deutsche Ausprägung des europäischen Antidemokratismus ganz auf Deutschland bezogen, noch weniger denn der italienische Faschismus als Exportartikel konzipiert. Der Nationalsozialismus war wie Hitler ein direktes Produkt des Ersten Weltkrieges, aber er gewann sein Wesen und seine Wirkung aus jenen Grundproblemen der neueren deutschen Geschichte, die den Leidensweg der demokratischen Bewegung bestimmt haben. Dazu gehören:

die Schwäche demokratischer Tradition und die machtvolle Fortdauer obrigkeitlicher Staats- und Gesellschaftsstrukturen vor und nach 1848;

die aus der späten und nur unvollständigen Verwirklichung eines deutschen Nationalstaates rührende Anfälligkeit für nationalistisch-imperialistische Ideologien;

die Problematik einer unerwarteten Niederlage mit dem Resultat einer Dolchstoßlegende und des allgemeinen Protestes gegen den Frieden von Versailles;

die Dauerkrise der von der Bevölkerungsmehrheit nie voll akzeptierten Republik;

speziell dann die sprengende Wirkung, die die Weltwirtschaftskrise auf diesen hochindustrialisierten, sozial und konfessionell zerspalteten, mit feudalistisch-traditionalistischen Residuen (Überresten) belasteten Staat ausübte;

und nicht zuletzt die Furcht des Kleinbürgertums vor einem Absinken ins Proletariat, die Furcht vor dem Kommunismus, die sich mit den Ressentiments und der Panik einer vom Industriezeitalter bedrohten Agrarbevölkerung verband; zuerst in Bayern, dann im agrarischen Schleswig-Holstein und Niedersachsen hat der Nationalsozialismus dann auch seine größten Wahlerfolge erzielt.

Zu den besonderen Voraussetzungen gehört freilich auch die entscheidende Rolle, die der spektakuläre Aufstieg und die pseudoreligiöse Verherrlichung eines "Führers" gespielt haben. Struktur und Wirkung dieser Bewegung neuen Stils waren ganz auf das Führerprinzip abgestellt. In ihrem Mittelpunkt stand die Gestalt Adolf Hitlers. Er repräsentierte sozialpsychologisch gesehen den deklassierten Kleinbürger, der mit Kriegsbegeisterung und politischem Radikalismus seine Minderwertigkeitsgefühle zu kompensieren suchte. Seine österreichische Herkunft, die verwirrenden Erfahrungen in der Vielvölkerstadt Wien, sein Scheitern in Aus-

bildung und Beruf, schließlich das erlösende Erlebnis der Weltkriegs-Männergemeinschaft haben ihn geprägt. Sie haben auch der Ideologie des Nationalsozialismus ihre wesentlichen Züge aufgeprägt. ...

Die Begründung des Dritten Reiches stützte sich auf eine Reihe wirkungsvoller Täuschungsmanöver, ohne die Hitler wohl nicht zur Macht gekommen wäre. Sie proklamierte sich als eine "legale Revolution". Indem sie diese beiden so gegensätzlichen Begriffe verknüpfte, haben die Nationalsozialisten sowohl dem Legalitätsbedürfnis der Bevölkerung wie dem Wunsch nach Änderung aller Dinge in der Krisensituation der Wirtschaftsdepression Rechnung getragen.

Hitler hat konsequent die pseudolegale Taktik verfolgt, nachdem sein Putschversuch von 1923, wie schon der reaktionäre Kapp-Putsch von 1920 an der Abneigung gescheitert war, die gerade auch das obrigkeitstüchtige Bürger- und Beamtentum gegen offenen Staatsstreich und Revolution hegte.

Statt eines Putsches gegen die Republik nutzte Hitler die Möglichkeiten, die der Notstandsartikel der Weimarer Verfassung zur Beseitigung eben dieser Verfassung bot.

Der Weg über eine Präsidialdiktatur ist stets von konservativen Gegnern der parlamentarischen Demokratie propagiert und seit 1930 von dem autoritär-monarchistisch gesinnten Reichspräsidenten Feldmarschall Hindenburg gedeckt und gefördert worden. Er befreite schließlich die NSDAP aus dem Dilemma einer Minderheitspartei, die in freien Wahlen nie viel mehr als ein Drittel der Bevölkerung gewinnen konnte. Die Verkoppelung der Ausnahme Gewalt mit dem Recht zur Auflösung des Reichstages und zur Ernennung des Reichskanzlers ermöglichte eine legale Diktatur des Reichspräsidenten; mit ihrer Hilfe und nicht als Führer einer Mehrheitsregierung ist Hitler an die Macht gelangt.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Machtergreifung" (x051/367-368):
>>Machtergreifung, im engeren Sinne die Übernahme der Regierungsgewalt im Deutschen Reich durch die NSDAP am 30.1.33, als deren Führer Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde; im weiteren, eigentlichen Sinne der Prozeß der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur und der Zerstörung der Demokratie in Deutschland 1933/34.

Der Machtergreifung vorausgegangen war die Auflösung der Weimarer Republik 1929-33: zunächst der Übergang vom parlamentarischen System zum Präsidialkabinett unter Brüning (Kanzler 30.3.30-30.5.32), dann der offen antidemokratische, auf die Errichtung eines autoritären Regimes zielende Kurs Papens (Kanzler 1.6.-17.11.32) und seine Politik der "Vorleistungen" für Hitler und die NSDAP (14.6. Aufhebung des Verbots von SA und SS, 20.7. Preußenschlag); der gleichzeitige Aufstieg der NSDAP von einer unbedeutenden Splitterpartei (1928: zwölf Reichstagsmandate) zur stärksten politischen Kraft (Juli 32: 230 von 608 Reichstagsmandaten); schließlich am 3.12.32 die Ernennung des Generals Schleicher zum Reichskanzler.

Anders als Papen hatte Schleicher einen Plan zur Verhinderung einer Machtergreifung Hitlers, nämlich die Spaltung der NSDAP und die Bildung einer "Gewerkschaftsachse" aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem linken, von Gregor Strasser repräsentierten Flügel der NSDAP, die nach Stimmenverlusten bei den Wahlen vom 6.11. (nur noch 196 von 584 Sitzen) und durch hohe Schulden in eine Krise geraten war.

Doch es gelang Hitler, Strasser in der Parteiführung zu isolieren: Am 7.12. erklärte dieser seinen Rücktritt von sämtlichen Parteiämtern. An der Schwäche Strassers, aber auch am Widerstand von SPD und Gewerkschaften scheiterte Schleichers Plan.

Bei einem von Papen vermittelten Treffen Hitlers mit deutschen Industriellen im Haus des Bankiers K. von Schröder in Köln am 4.1.33 sicherten ihm diese vermutlich weitere finanzielle Unterstützung zu; hier wurden wohl auch schon Vereinbarungen über die Bildung einer Regierung Hitler/Papen getroffen.

Als letzte Möglichkeit der Verhinderung einer solchen Regierung schlug Schleicher am 23.1. dem Reichspräsidenten vor, den Reichstag erneut aufzulösen, seine Neuwahl auf unbestimmte Zeit zu verschieben, den Staatsnotstand zu erklären und NSDAP wie KPD zu verbieten. Hindenburg lehnte diesen "Diktaturplan" – wie schon einen ähnlichen Vorschlag Papens – ab; Schleicher trat daraufhin am 28.1. zurück.

Am 30.1. ernannte der bis zuletzt widerstrebende Hindenburg, gedrängt von Papen und seiner Umgebung, Hitler zum Reichskanzler einer Koalition aus NSDAP und DNVP. Papen wurde Vizekanzler, Hugenberg, der Vorsitzende der DNVP, Wirtschaftsminister.

Zwar hatten in diesem "Kabinett der nationalen Konzentration", in dem die Harzburger Front wiederaufzuleben schien, die bürgerlichen Minister die Mehrheit – die NSDAP war außer mit Hitler nur durch Frick (Innenminister) und Göring (Minister ohne Geschäftsbereich) vertreten –, doch hatten Frick und Göring (zugleich kommissarischer preußischer Innenminister) innenpolitische Schlüsselstellungen inne.

Die Überzeugung der bürgerlichen "nationalen" Rechten, in der neuen Reichsregierung die Nationalsozialisten "gezähmt" und sie für eigene politische Ziele "engagiert" zu haben (Papen), erwies sich schon bald als Fiktion. ...<<

US-Präsident Hoover kritisiert damals das ungewöhnlich nachgiebige Verhalten der französischen Regierung nach Hitlers Machtübernahme (x069/165): >>Kaum war Hitler an die Macht gekommen, so nahm die französische Regierung eine völlig veränderte Haltung ein und machte eine Reihe von Vorschlägen, die, solange Brüning an der Macht war, mehr als ausreichend gewesen wären. Immer größere Zugeständnisse wurden von Frankreich angeboten und von Hitler zurückgewiesen.

Sogar in Frankreich hatte man in weiten Kreisen das Gefühl, daß Hitler nie die Regierung in seine Hand gebracht hätte, wenn man dem Reichskanzler Brüning in vernünftiger Weise entgegengekommen wäre und ihm geholfen hätte, das Gefühl des Unrechts und der Demütigung zu zerstreuen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 26.01.2008) über die "Machtergreifung" der Nationalsozialisten (x887/...): >>**Wie Adolf Hitler Reichskanzler wurde**

Vor 75 Jahren fand in Deutschland die "Machtergreifung" der Nationalsozialisten statt

Es sind 75 Jahre her, daß Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler mit dem Amt des deutschen Reichskanzlers betraute, das einst Bismarck geschaffen hatte, ein Datum, das der Historiker Friedrich Meinecke einen "Unglückstag erster Ordnung für Deutschland" genannt hat.

Handelt es sich, wie Ernst Nolte gesagt hat, um eine "Vergangenheit, die nicht vergehen will"? Sie wird heute leicht von Politik und Medienwelt in geschichtspolitischer Absicht immer wieder zum Leben erweckt, um die Deutschen an ihrem Schuldpfahl festzuhalten und den dunklen Hintergrund zur Abwehr aller Kritik an der Gegenwart zu gebrauchen. Das ist dann die "Bewältigung der Vergangenheit", die uns etwa Guido Knopp vorführt.

Freilich: Das Datum des 30. Januar 1933 ist mit seinen tiefen Folgewirkungen noch immer Gegenwart. Es stellt uns immer wieder vor die Aufgabe des Nachdenkens, wie das alles möglich war, uns über die Gründe und Abgründe der Geschichte, über die vielfältigen Netze der Bedingungen und Vorbedingungen eines solchen Ereignisses Rechenschaft zu geben.

Mit Recht hat Richard von Weizsäcker 1995 gesagt, das Katastrophendatum von 1945 sei ohne 1933 nicht zu verstehen. Aber: 1933 ist seinerseits nicht zu begreifen ohne 1914 und 1918, ohne den Ausbruch und das Ergebnis des Ersten Weltkriegs, ohne Versailles, ohne die Inflation und die von ihr verursachte Verarmung der Mittelschichten sowie ohne die 1929/30 einbrechende Wirtschaftskrise.

Tatsächlich begann Hitlers Aufstieg exakt mit jenem Datum; die Kurven der Massenarbeitslo-

sigkeit und die des Aufstiegs der Hitler-Bewegung liefen deutlich parallel. Hitler wußte seine Stunde zu nutzen, der Heimatlose und Sohn des Krieges, der Demagoge und Volksverführer, der narzißtische Egomane, wie ihn sein jüngster Biograph Jan Kershaw zu Recht zeichnet. Wie sein Gegenpart Lenin beschritt auch er seinen Weg zur Macht mit der Parole "Je schlechter (die Verhältnisse) desto besser (für mich)", mit einer Spekulation à la baisse. Er ging diesen Weg mit "nachtwandlerischer Sicherheit", wie er sagte.

Er hatte mit dem grenzenlosen Selbstgefühl des Aufsteigers ein untrügliches Gespür für die Schwächen seiner Gegner. Er war, wie er selbst bekannte, ein großer Schauspieler. So verstand er es, der politischen Welt im In- und Ausland immer wieder ein trügerisches Gesicht zu zeigen. In seinen Massenkundgebungen, in denen er auf die Überwältigung seiner Zuhörer setzte, zeigte er ein anderes als etwa vor Kontrahenten. Auch das des vernünftigen und gemäßigten Politikers und Staatsmanns konnte er zeigen. Der Mann, so auch die Berichte aus seiner näheren Umgebung, zerfiel gleichsam in viele Personen, und er wußte um seine magnetisierende, diabolische Wirkung.

Und nicht zuletzt: Die Traumata von Versailles, der Inflation, der Wirtschaftskrise hatten in Deutschland bei den Massen eine Stimmung aufkommen lassen, die auf einen großen Retter und Erlöser hoffte. Ich erinnere mich noch recht plastisch einer Szene, wohl aus dem Januar 1933, als eine Nachbarin der Großmutter in der hohenlohischen Provinz dem noch nicht Sechsjährigen zum ersten Mal einen Farbdruck Hitlers zeigte mit der von mir nicht mehr vergessenen Bemerkung: "Der wird uns retten!"

Der Ehemann der Frau war ein ärmlich bezahlter Postbus-Fahrer, die beiden Söhne, wohl zwischen 16 und 18 Jahren, waren arbeitslos - es war das charakteristische Milieu der Wähler und Anhänger Hitlers in diesen Jahren.

Der Erdrutsch von Hitlers "Stimmzettelrevolution" setzte seit dem Jahreswechsel 1929/30 ein. Über die beiden Etappen der Reichstagswahlen am 14. September 1930 - bei denen die Nationalsozialisten zweitstärkste Partei wurden mit 107 Abgeordneten im Reichstag - und am 31. Juli 1932 mit dem Triumph der NSDAP, die stärkste Partei geworden zu sein mit 230 Abgeordneten, bahnte sich Hitler den Weg zu seiner "Machtergreifung".

Vergebens versuchte die Präsidialregierung Heinrich Brünings sich den Folgen der Wirtschaftskrise entgegenzustellen und durch außenpolitische Erfolge wie die Beendigung der Versailler Reparationslasten und die Wiedergewinnung der militärischen Gleichberechtigung der Hitler-Bewegung das Wasser abzugraben. Gab es nicht die Möglichkeit, diese so heterogene Bewegung durch die Hereinnahme in die Regierungsverantwortung zu disziplinieren, zu zähmen, vielleicht sogar zu spalten? Die Regierung Brüning-Groener ging davon aus, durchzuhalten bis sich die dunklen Wolken der Krise verzogen.

Die nächsten regulären Reichstagswahlen mußten erst im September 1934 stattfinden, und es war zu erwarten, daß mit dem neuen Wirtschaftsaufschwung Hitlers Wählermassen sich ebenso schnell wieder verlaufen würden, wie sie sich zusammengefunden hatten. Aber die Geduld der arbeitslosen, vielfach verelendeten Massen war erschöpft, sie setzten auf den vermeintlichen Retter Hitler und seine Versprechen von "Arbeit und Brot" und neuer deutscher Größe statt der glanzlosen Weimarer Republik.

Als der Reichspräsident unter dem Einfluß seiner Berater am 31. Mai 1932 die Regierung Brüning-Groener entließ, fiel die letzte Schutzwehr gegen Hitler. Integration und Zähmung der ungebärdigen, aber doch vielleicht patriotischen Anhängerschaft Hitlers wurde zur Parole der alten Führungsschichten, vor allem von Brünings Nachfolger Franz von Papen, der durch die leichtfertige abermalige Auflösung des Reichstags keine zwei Jahre nach den letzten Wahlen Hitler die Chance gab, bei den Neuwahlen am 31. Juli 1932 seinen politischen Durchbruchssieg zu erreichen.

Von da an war kein Halten mehr, auch als Hitler am 6. November bei abermaligen Wahlen

einen Rückschlag erlitt. Hindenburgs Berater empfahlen nun die Abkehr von der bisherigen Notverordnungspolitik und die Bildung einer normalen Koalitionsregierung, in der die Nationalsozialisten von Deutschnationalen und bürgerlichen Konservativen eingerahmt und gezähmt werden sollten.

Wie schon Hitlers Kampf um die Macht von einer (nach heutigen Begriffen) populistischen Massenbewegung getragen wurde, so waren es nun - paradox genug - demokratische und parlamentarische Argumente, die Hindenburg von der Notwendigkeit einer rechtsgerichteten Koalitionsregierung mit anscheinend ausreichenden Sicherungen gegen eine nationalsozialistische Alleinherrschaft überzeugten. Doch jetzt, mit Hitler im Besitz der Regierungsgewalt, verband sich die nationalsozialistische "Revolution" und ihr Straßenterror mit dem Opportunismus und der Angst auch vieler bisheriger Gegner auf dem kurzen Weg zur eigentlichen "Machtübernahme".

Was vielen noch am 30. Januar als normaler Regierungswechsel erschienen sein mochte, in dem die neuen Herren bald abgewirtschaftet haben würden, zeigte sich nun als eine Revolution neuer Art mit ihrer seltsamen Mischung aus Legalität, Terror und Erneuerungspathos. Unversehens war schon bis zum Sommer 1933 aus einem republikanischen Mehrparteienstaat eine totalitäre Einpartei- und Führerdiktatur geworden, der das "Ermächtigungsgesetz" des Reichstags vom 24. März den pseudoparlamentarischen Weg geöffnet hatte und dann das "Gesetz über die Einheit von Partei und Staat" vom 1. Dezember 1933 nur noch das pseudolegale Siegel verlieh. Kaum einer der damals Handelnden und der berauschten Massen konnte ahnen, was die Folgen sein würden.<<